

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Kampf um Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst: Hält die Streikfront? – Seite 4**
- **Sudetendeutsche Landsmannschaft sucht neue Konfrontation – Seite 8**
- **Nazi-Kaffeefahrt am 4. März – Seite 12**
- **Der Fall AEG – Seite 15**
- **Berlin: Streit zwischen Linkspartei.PDS und WASG
WASG-Landesvorstand will Konkurrenzkandidatur – Seite 18**

Ausgabe Nr. 5 am 23. März 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

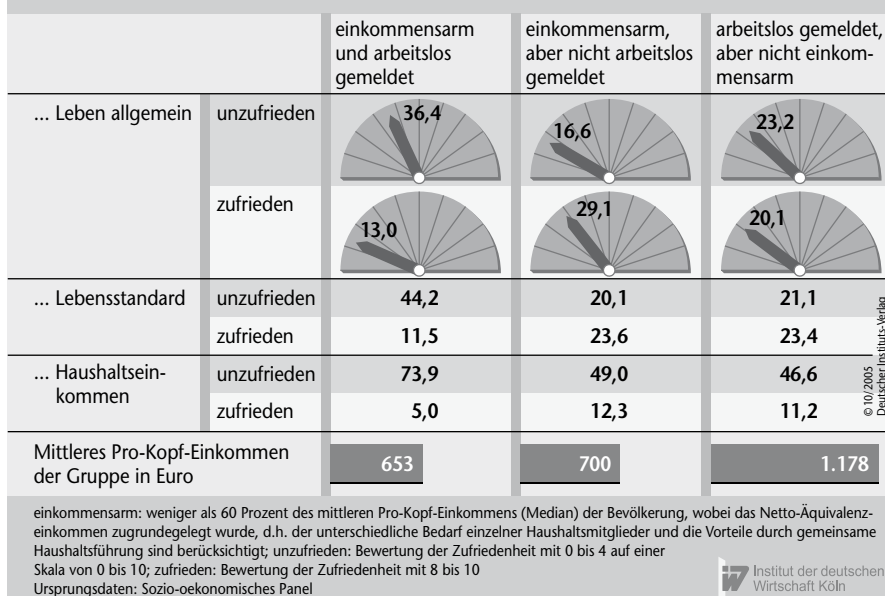
Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Lebenszufriedenheit: Lieber knapp bei Kasse als arbeitslos

So viel Prozent der einkommensarmen und/oder arbeitslos gemeldeten Bundesbürger über 16 Jahre waren 2004 mit ihrem ...



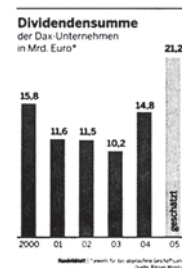
Armut und Reichtum

www.iwkoeln.de, 6.3. alk. Das den Unternehmerverbänden nahestehende Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat sich zum Thema „Armut und Reichtum“ in der Bundesrepublik Deutschland zu Wort gemeldet. Zunächst macht Prof. Martin Hüther den zutreffenden, wenn auch nicht neuen Hinweis, dass die übliche Armutsdefinition (arm ist, wer weniger als 60% vom Durchschnittseinkommen bezieht) unzulänglich ist. Das Institut schlägt vor, die in Irland übliche Definition heranzuziehen, bei der gleichzeitig geprüft wird, ob jemand auf grundlegende Güter verzichten muss. Die Kriterien sind: Geld zum Heizen zu haben; in den letzten zwei Wochen täglich eine gehaltreiche Mahlzeit gehabt zu haben; keine Schulden für die normale Lebensführung aufnehmen zu müssen und frei von Zahlungsrückständen zu sein; sich neue Kleidung erlauben zu können; jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fisch/Fleisch/Geflügel einnehmen zu können; mindestens einen warmen, wetterfesten Mantel zu besitzen; zwei Paar feste Schuhe zu haben; mindestens einmal die Woche Braten oder ähnliches essen zu können. Das klingt vernünftig, um z.B. Ansprüche für eine Grundsicherung zu formulieren. Um verbesserte Analyse der Armut geht es dem Institut der Wirtschaft aber nicht. Vielmehr stellt Prof. Hüther fest, dass erstens die durchschnittlichen Einkommen in der Armutszone in den letzten Jahren gestiegen sind. Das sagt aber nichts über die Lage von einzelnen Menschen aus: wenn der Zugang in die Armutszone

stark ansteigt, kann dort das durchschnittliche Einkommen durchaus steigen, aber gleichzeitig die Zahl der tatsächlich unter dem Existenzminimum lebenden Menschen zunehmen. Zweitens wechselt dann Prof. Hüther auf das subjektive Empfinden der Betroffenen, mit dem in der Grafik dargestellten Ergebnis. Und so kommt dann das gewünschte plakative Resultat: „Lieber knapp bei Kasse als arbeitslos“ – am Ende des Thesenpapiers steht die Forderung nach Niedriglöhnen und Rechtfertigung des Arbeitszwangs in den Arbeitsmarktgesetzen à la Hartz.

Geldregen für Aktionäre

Handelsblatt, 2.3. rül. Einen „Geldregen für Aktionäre“ meldet das „Handelsblatt“. Um 11 Milliarden Euro sind 2005 allein die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden der 30 großen „Dax-Unternehmen“ gegenüber 2003 gestiegen. Das sei „Rekordniveau“. Gegenüber dem Vorjahr stieg die ausgeschüttete Dividendensumme um 42,5 Prozent. Insgesamt verdienten die DAX-Unternehmen „dank Restrukturierungen“ (eine feine Umschreibung für Entlassungen) „und der guten Weltkonjunktur im abgelaufenen Jahr 20 Prozent mehr als 2004 und sogar ein Drittel mehr als im Boomjahr 2000“. Auch im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten ist von einer „fallenden Profitrate“ keine Spur zu erkennen. Im Ge-



Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

genteil. „Aussagekräftiger als die absoluten Zahlen“ sei die Dividendenrendite, so das Handelsblatt. Diese errechne sich aus dem Verhältnis der ausgeschütteten Dividende zum Börsenkurs. „Für die Dax-Werte liegt die Rendite bei 2,5 Prozent. Üblich waren in den vergangenen drei Jahrzehnten weniger als zwei Prozent“. Ein Blick auf die Börsenkurse zeigt: Die Kurse der DAX-Werte liegen heute deutlich (um das zwei- bis dreifache höher) als in vergangenen Jahrzehnte. Wenn trotzdem die Dividendenrendite höher als je zuvor liegt, bedeutet das: Die ausgeschütteten Dividenden der großen Konzerne haben sich gegenüber dem Niveau vergangener Jahrzehnte vervielfacht. Irgendwie passt die Meldung zur beginnenden Metalltarifrunde. Allerdings: Die IG Metall orientiert sich bei ihrer Lohnforderung nicht am Anstieg der Dividenden. Ihre Lohnforderung von 5 Prozent bedeutet bei einem durchschnittlichen Lohnkostenanteil am Umsatz in der Metall- und Elektroindustrie von ca. 17 Prozent für die Unternehmen einen Kostenanstieg um maximal 0,85 Prozent.

Gefährliche Wahlkampfhilfe

dw, 27./28.2. scc. Ende Februar, Anfang besuchten erst der Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Kolbow, dann Außenminister Steinmeier und tags drauf der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Ruprecht Polenz die Ukraine. Grund: Am 26.3. finden dort die Parlamentswahlen statt. Die Aussichten des „orangenen Lagers“, die Wahlen zu gewinnen, stehen schlecht. Jüngste Umfragen sehen vielmehr landesweit die im Osten der Ukraine ohnehin starke, auf enge Zusammenarbeit mit Russland orientierende „Partei der Regionen“ des früheren Präsidenten Janukowytsch vorn. Kolbow machte in Optimismus („noch ist es ... nicht so, dass orange und blau zusammenarbeiten müssen“) und stellte bilaterale Initiativen der EU „nach den Wahlen, wenn sich die Dinge in der Ukraine geklärt haben“, in Aussicht. Steinmeier begrüßte ausdrücklich die „Annäherung der Ukraine an die Europäische Union, an die Nato“. Die Stiftung Wissenschaft und Politik kommentierte: „Deutschland hat wahrscheinlich wie kein anderer Staat, außer Polen vielleicht, daran Interesse, die Ukraine zu stabilisieren und in die EU zu führen. Ich glaube, man sollte diesen Besuch des deutschen Außenministers unmittelbar vor der Wahl eben auch als solches Zeichen werten, dass Deutschland in einer schwierigen Zeit, auch innenpolitisch für die Ukraine schwierigen Zeit, zu diesem Land steht und diejenigen Kräfte unterstützt, die an diesem Kurs der europäischen Integration festhalten.“

Wofür? – Der Bundesrepublik fehlt ein politischer Totenkult

Von Professor Dr. Manfred Hettling

FAZ, 4.3. maf. Professor Dr. Manfred Hettling lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Halle-Wittenberg. Er hat den Vorschlag des Verteidigungsministers Jung kritisch aufgegriffen, der jüngst vorschlug, für die „toten Soldaten“, der Bundeswehr, die im Ausland ihr Leben verloren haben, ein Denkmal zu errichten. Hettling reibt sich an der derzeitigen eingewöhnten offiziellen Gedenkformel. Denn wer Soldaten zu aktivem kriegerischen Handeln entsende, könne an die Gefallenen kaum als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erinnern. Warum eigentlich nicht? Prof. Hettling, der zu diesem Zweck auf Max Weber zurückgreift, legt dar, dass der Staat diese uniformierten Bürger zu seiner Selbstbestätigung opfere. Wir geben den Schlussteil des Artikels im Faksimile wieder.

Seit dem 19. Jahrhundert erfolgte die Erinnerung an den gewalthaften Tod im Krieg nicht unter staatsbürgerlichen, sondern unter monarchischen („Mit Gott für König und Vaterland“) und nationalistischen („Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen“) Vorzeichen. Im 18. Jahrhundert war ein staatsbürgerlicher Totenkult explizit als bürgerlicher „Tod fürs Vaterland“ (Abbt) propagiert worden. Heute, in der jahrzehntelang gefestigten Demokratie, ist eine staatsbürgerliche Totenehrung geboten. Es gilt, die Tradition dieses bürgerlichen Totenkultes – wenn man so will: diese Ultima ratio des bürgerlichen Engagements für das eigene Gemeinwesen – zu entdecken und fruchtbar zu machen. Denn nur dort liegen Elemente einer Würdigung des Sterbens für politische Ziele, die für eine Demokratie adaptierbar sein können. Denn wenn man Truppen entsendet, betreibt man Politik und verlangt von den Soldaten ja zu Recht ein Eintreten für die politisch gewollten und demokratischen Werten verpflichteten Ziele. Insofern verlangt man von den Soldaten auch im Extremfall ein Opfer für diese demokratischen Werte.

Und nicht zuletzt vergibt der, der die Frage negiert, „wofür“ der Soldat in einer demokratischen Ordnung stirbt, auch die Chance, die Demokratie politisch zu legitimieren. Denn im gewaltsamen Tod für die

politische Ordnung liegt eine besondere Legitimationsquelle, vielleicht sogar die wichtigste. Max Weber etwa hat den kriegerischen Tod als Grundlage aller Versuche bezeichnet, die „Eigenwürde des politischen Gewaltamtsverbandes zu stützen“. Diese Quelle hat die Bundesrepublik im Unterschied zu anderen demokratischen Staaten des Westens bisher nicht genutzt. Wenn man sich außenpolitisch auf die gleiche Stufe stellen will, sollte man auch vor erinnerungspolitischen Neuanfängen nicht zurückschrecken.

Eine öffentliche Diskussion des Problems und eine antizipierende Auseinandersetzung über das Verhältnis von politischer Demokratie und militärischer Gewalt steht an in der Bundesrepublik. Denn was soll geschehen, wenn bundesdeutsche Soldaten in Kampfeinsätze geraten oder entsandt werden und dabei getötet werden und nicht mehr als „Unfalltote“ staatspolitisch verschwiegen werden können? Auf welche Traditionen soll und kann dann zurückgegriffen werden? Mißlänge die Etablierung einer staatsbürgerlichen Tradition des Totenkultes, so wäre das für die politische Kultur der Bundesrepublik fatal. Die Diskussion über einen zeitgemäßen politischen Totenkult ist überfällig.

*

Der Verfasser lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Halle-Wittenberg.

Eurofighter für Indien

FAZ, 22.2. maf. Indien will seine Luftwaffe mit 126 neuen Kampfflugzeugen ausstatten. Das Eurofighter Konsortium steigt in die Bewerbung um dem 5-Milliarden-Dollar-Auftrag ein. Das Ausschreibungsverfahren könne wegen der langwierigen Bürokratie in Indien bis zu sechs Jahren dauern. Die Ausrüstung mit einem derartigen Waffensystem setzt dauerhafte Verbindungen, die über den Ankauf hinausgehen. Die Einsetzbarkeit hängt an den Beziehungen

zu den Herstellerfirmen bzw. Ländern. Steigt Indien, das seine Waffen bisher überwiegend in Russland kaufte, auf Lieferanten aus Nato-Staaten um, ändern sich die strategischen Verhältnisse in der Region, vor allem gegenüber Pakistan, aber auch gegenüber China. Neuer Botschafter in Indien (Die Welt, 22.12.05) ist übrigens Bernd Mützelburg, der als außenpolitischer Berater Schröders im Zusammenspiel mit dem Grünen Außenministerium die gefährliche Kampagne um den Sicherheitsratssitz betrieben hat.

Es hat schon nicht viel gebraucht, um in dieser gelegentlich als „indisch-deutsch“ bezeichneter Kampagne Gräben zwischen China und Japan aufzureißen, die Herstellung der Luftüberlegenheit Indiens gegenüber China durch EU-Ausrüster würde sich zur Destabilisierung einer Weltregion, eignen.



Hält die Streikfront?

Die Situation ist für ver.di ausgesprochen kompliziert. Kaum war der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände unterzeichnet, kündigten mehrere kommunale Arbeitgeberverbände die Arbeitszeitregelung. In den westdeutschen Kommunen gilt bisher die 38,5-Stunden-Woche, allerdings werden vielerorts Neueinstellungen zu schlechteren Bedingungen vorgenommen, in den ostdeutschen Kommunen gilt ohnehin die 40-Stunden-Woche. Für den Bund regelt der TVöD eine Arbeitszeit von 39 Stunden, für Beamte gilt hier die 40-Stunden-Woche, zum 1. März war die weitere Erhöhung auf 41 Stunden geplant. Die Länder haben für die Beamten die wöchentliche Arbeitszeit auf 40, 41 oder wie in Bayern und Thüringen sogar 42 Stunden erhöht. Jetzt versuchen vor al-

lem die Länder, diese Arbeitsregelungen auch auf die Tarifbeschäftigten zu übertragen. Bisher schon haben sie neu Eingestellte oft gezwungen, per Einzelvertrag eine schlechtere Regelung hinzunehmen. Vor allem die Tarifgemeinschaft deutscher Länder gibt sich beinah. Ihr Vorsitzender, der niedersächsische Finanzminister Möllring, wird nicht müde zu betonen, dass der Streik einerseits die Länder kaum treffe, andererseits der Abschluss auf Länderebene aber die entscheidenden Weichen stelle. „Ich glaube nicht, dass die Gewerkschaft die Länder in die Knie zwingen kann“, tönte er etwa im Deutschlandfunk (2.3.). Der thüringische Ministerpräsident will inzwischen gar die 42-Stunden-Woche durchsetzen. Wir veröffentlichen mehrere Berichte, die die Auseinandersetzung von verschiedenen Seiten aus beleuchten. **scc**

Baden-Württemberg

Der Ton ist hoch, der Lärm der Trillerpfeifen und Rätschen beträchtlich – 25 000 laut ver.di, die Polizei spricht dann von 9 000, Streikende und Unter-

stützer aus Polizei- und Lehrgewerkschaft sowie IG Metall aus ganz Baden-Württemberg haben sich am 6. März auf dem Stuttgarter Schlossplatz versammelt. Die Rednerinnen und Redner der Kundgebung heizen an. Die Landesvor-

sitzende von ver.di, Sybille Stamm, äußert Empörung über die Kommunalen Arbeitgeber in Baden-Württemberg. Gitta Süss-Slania, Personalratsvorsitzende aus Mannheim, greift den Verhandlungsführer der Arbeitgeber und Bürgermeister von Mannheim, Widder (SPD), heftig an. Dann spricht der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Bsirske. Die Auseinandersetzung werde auf beiden Seiten erbittert geführt. Er wiederholt mehrmals: „im Leben niemals“ werde er nachgegeben bei der Arbeitszeit, bei der geplanten Streichung des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes. ver.di sei bereit, nicht nur wochenlang, sondern, wenn es sein müsse, auch monatelang zu streiken. Lange spricht er über Politik: Das Argument leerer Kassen bei den Kommunen sei unzutreffend, man müsse nur mehr Steuern bei den Reichen betreiben, als Erbschaftsteuer, als Vermögensteuer. Als er fertig ist mit seiner Rede, ist der Platz nur noch halb gefüllt. Es war kalt, der in manchen Bereichen schon fünf Wochen andauernde Streik hat müde gemacht und die Argumente sind bekannt.

Die öffentlichen Arbeitgeber glauben, Schwachpunkte bei ver.di erkannt zu haben, und sie testen aus, was im Arbeitskampf möglich ist. Bei dem letzten großen flächendeckenden Streik im öf-

Was hat es mit der Meistbegünstigungsklausel auf sich?

Der Text der Meistbegünstigungsklausel ist kurz und nachlesbar (s. Kasten).

Nützt sie den Arbeitgebern oder schützt sie die Gewerkschaft? Verhindert sie ein zu schnelles Nachgeben der Gewerkschaft, einen (schlechten) Kompromiss? Oder steht sie einem vernünftigen Abschluss im Wege? Von Anfang an war sie umstritten. Je nach Standpunkt und Einschätzung der (politischen) Lage, wurde sie so oder so beurteilt.

Wie sich jetzt in den aktuellen Auseinandersetzungen heraus stellt, hat sie einen wesentlichen Nachteil auf alle Fälle: Die Ergebnisse eines Arbeitskampfes in einem Bundesland haben Auswirkungen auf alle anderen, ohne dass diese sich an den Abwehrkämpfen beteiligen können. Konkret: Gibt ver.di bei den Kommunen in Baden-Württemberg nach, sind z.B. auch die Kommunalbeschäftigten in NRW betroffen, ohne dass sie mitstreiken konnten.

Abgeschlossen wurde der Tarifvertrag über die „Vereinbarung einer Meistbegünstigungsklausel (TV-Meistbegünstigung)“ im Februar 2005 im Zusammenhang mit dem neuen Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD), der das alte Tarifrecht ablöst. Die Länder waren aus dem Reformprozess bereits ausgestiegen und störten aus dem Hintergrund. Der TV-Meistbegünstigung wird begründet damit, dass ohne eine solche Vereinbarung auch die Kommunen aus-

gestiegen wären. Die Kommunen wollten sicher gehen, dass ver.di keinen Tarifvertrag mit den Ländern abschließt, der für diese „günstiger“ ist, weil sie dann selbst unter Druck geraten, hängen sie ihrerseits doch am finanziellen Tropf der Länder. Und ver.di wollte den Reformprozess unbedingt zu Ende bringen.

Für ver.di entsteht durch den Tarifvertrag ein ungeheurer Druck – intern wie auch von außen. Schließen sie in den Bereichen Arbeitszeit und Urlaubs-/Weihnachtsgeld etwas „Schlechteres“

ab, so würde dies intern ein erhebliches Beben auslösen, vor allem bei den kommunalen Bereichen, die ein Großteil der Mitgliedschaft ausmachen. Gibt es noch lange keinen neuen Tarifvertrag mit den Ländern, erodiert der Flächentarif weiter und entwertet das neue Tarifwerk von Bund und Kommunen.

Dass der TV-Meistbegünstigung aus der Not geboren, für die Übergangszeit und nicht für immer gelten soll, kann man dem § 2 entnehmen. Er ist zum 31.12.2007 kündbar und wirkt nicht nach. *har*

§ 1 Meistbegünstigungsklausel

Sofern die vertragsschließende Gewerkschaft ver.di für ein oder mehrere Bundesländer einen Tarifvertrag abschließt, der von den Regelungen des TVöD oder der ihn ergänzenden Tarifverträge in den Bereichen **Arbeitszeit** und **Sonderzahlung** (Zuwendung, Urlaubsgeld u.a.) abweichende Inhalte hat oder beim **Entgelt** (insbesondere Einmalzahlung, Übergangskosten) für die Arbeitgeber günstigere Regelungen enthält, vereinbaren die Tarifvertragsparteien ohne weitere Verhandlungen folgendes:

- Die rechtsverbindliche Unterschrift der Gewerkschaft ver.di unter den ausgehandelten Tarifvertrag gilt zugleich als unwiderrufliches Angebot an den Bund und die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände, die Regelungen des Tarifvertrages insgesamt oder in ihren einzelnen Bestandteilen in den TVöD oder ihn ergänzende Tarifverträge (ersetzend oder ergänzend) zu übernehmen. Ver.di verpflichtet sich, den Tarifvertrag unverzüglich dem

Bund und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände zur Kenntnis zu geben.

- Der Bund und die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände können jeder für sich binnen einer Frist von vier Wochen nach Kenntnisnahme des entsprechenden Tarifvertrags das Angebot schriftlich annehmen.

Niederschriftserklärung zu § 1:

Die Tarifvertragsparteien stellen klar: Abweichende Inhalte können sich auch daraus ergeben, dass ein Regelungsbestand in einem Tarifvertrag nicht ausdrücklich geregelt wird.

§ 2 In-Kraft-Treten und Kündigung

(1) Dieser Tarifvertrag tritt am 9. Februar 2005 in Kraft.

(2) Dieser Tarifvertrag kann erstmalig zum 31. Dezember 2007 gekündigt werden. Eine spätere Kündigung ist mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende zulässig. Eine Nachwirkung wird ausgeschlossen.



Streikschwerpunkte von ver.di: Kitas, Müllabfuhr, Kliniken. Kundgebung 6.3., Stuttgart, rok

fentlichen Dienst vor 14 Jahren hatten nicht einmal zwei Wochen Streik ausgereicht, um zu einem Tarifabschluss zu kommen; die Kapitalverwertung insgesamt war damals berührt. Beschäftigte kamen nicht zur Arbeit: damals waren in Stuttgart die städtischen Straßenbahnen und Busse noch mit dabei; hier gilt inzwischen ein Spartentarifvertrag. Für die traditionell kampfstarken Universitätskliniken in Baden-Württemberg gilt ebenfalls ein eigener Tarif. Vor einigen Wochen konnte dort ein Kompromiss um die jetzt bei den Kommunen und dem Land strittigen Fragen Arbeitszeit und Weihnachtsgeld erzielt werden. Die Tarifeinheit für weite Bereiche des öffentlichen Dienstes ist weg. Dass die Beschäftigten von Land und Kommunen in Baden-Württemberg gleichzeitig streiken, verdeckelt, dass der Abschluss für die einen nicht für die anderen gelten wird.

ver.di wollte auf diese geänderte Situation mit einer Streiktaktik reagieren, die gezielt Schwerpunkte herausgreift, die den öffentlichen Arbeitsgeber finanziell und vor allem auch in der öffentlichen Meinung treffen. In Stuttgart wie anderswo sollten das die Müllabfuhr, die Kinderbetreuung und das städtische Klinikum sein. Noch ist nicht entschieden, ob und wie das funktioniert.

Die Müllabfuhr war früher im ganzen Land weitgehend kommunal. Inzwischen haben aber private Anbieter, zum Teil mit kommunaler Beteiligung, vor allem auf dem flachen Lande eigene Kapazitäten aufgebaut. Kommunale Müllabfuhr gibt es fast nur noch in den großen Städten, wo es für die Gemeinden auch ein lohnendes bzw. zumindest ein kostendeckendes Geschäft ist. Einige dieser großen Städte sehen auf Grund dieser Situation die Chance, den Streik von ver.di zu unterlaufen. In Freiburg (grüner OB) z.B., wo die Müllentsorgung bei einer halb privaten GmbH mit städtischem Anteil liegt, wurden Leiharbeiter eingesetzt. In Mannheim (SPD-OB) wollte der OB einen Vogelgrippefall be-

nutzen, um am Sonntag mit privaten Unternehmen Müll abfahren zu lassen. Auch die Oberbürgermeisterin aus dem benachbarten rheinland-pfälzischen Ludwigshafen bot Kapazitäten an. Der Mannheim OB erhielt allerdings vom Land keine Ausnahmegenehmigung für die Aufhebung des LKW-Sonntagsfahrverbotes. Jetzt hat er mit ver.di die Notdienstvereinbarung erweitert und die Abfuhr im Sperrbezirk läuft.

In Stuttgart hat die Stadt am Samstag, den 4. März, begonnen, mit privaten Unternehmen abfahren zu lassen. Darauf blockierte ver.di die Anlieferung in der Müllverbrennung. Die Müllverbrennungsanlage, einst städtisch, gehört jetzt dem EnBW-Konzern. Die EnBW unternahm am Samstag und am Montag, an dem die Blockade mit prominenter Beteiligung (u.a. Frank Bsirske) fortgesetzt wurde, nichts. Die Polizei beschränkte sich deshalb auf die Verkehrsregelung. Daraufhin hat die Stadt Stuttgart beim Amtsgericht eine einstweilige Anordnung gegen ver.di beantragt. Die EnBW erhielt von der Stadt einen Brief mit dem Hinweis, dass sie schadenersatzpflichtig sei. Die Staatsanwaltschaft schließlich ermittelt wegen Nötigung. Die Auseinandersetzung eskaliert. Die Kommentatoren der örtlichen Presse, die bisher „ausgewogen“ Verständnis für beide Seiten äußerten und aufforderten, sich zu einigen, beginnen in der Meinung zu kippen. Am Montag wurde in den Zeitungen vor allem von Bürgern berichtet, die erleichtert sind, dass endlich der Müll abgefahren wird.

In den städtischen Kliniken war der Streik von Anfang an starkem ideologischen Druck ausgesetzt. Zwar gab es dank Notdienstabmachungen keine einzige lebensbedrohliche Situation für Kranke. Aber die Stadt Stuttgart und der OB beschworen immer wieder das Bild von verängstigten Patienten, die wegen Streiks Operationen verschieben mussten. ver.di hat in diesem Bereich den Streik zwischendrin ausgesetzt.

Jetzt allerdings wird in den städtischen Kliniken wieder gestreikt. ver.di will die ganze Woche den Notfall eng auslegen.

Die Kindertageseinrichtungen der Stadt waren der dritte Streikschwerpunkt. ver.di hoffte, dass vier Wochen, an denen die Kitas immer wieder mit Streiks teilnehmen, ausreichen; vielen Erzieherinnen schien das auch gegenüber den Eltern vertretbar, und die Streikbeteiligung war entsprechend hoch. Anfangs kamen die Arbeitgeber tatsächlich wie erhofft unter öffentlichen Druck. Der Gesamtelternbeirat erklärte sich solidarisch und äußerte Verständnis. Nachdem jetzt aber manche Eltern bereits bis zu neun Tage für Ersatzlösungen durch Großeltern oder Urlaubstage sorgen mussten, wächst die Kritik. Die Vertreterin des Gesamtelternbeirats fordert jetzt lauter, den Konflikt nicht länger auf dem Rücken von Eltern und Kindern auszutragen. Bereits in der dritten Streikwoche war die Beteiligung der Einrichtungen schwächer als noch zu Beginn; in der vierten wurde pausiert. Jetzt befürchten ver.di-Funktionäre, dass die Beteiligung in dieser fünften Woche, in der an drei Tagen gestreikt werden soll, deutlich zurückgeht.

Die Kommunalen Arbeitgeber Baden-Württemberg haben am Montag, 6. März, ihr Angebot wiederholt: 39,7-Stunden-Woche und eine Ausbildungsquote von 7%, gleich 2.500 zusätzliche Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg. Dieses Angebot hatte ver.di abgelehnt, es sei „eine Luftnummer“. Die Verhandlungen waren daraufhin am 2. März abgebrochen worden. Nun bietet der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg „alternativ“ an, dass bei einer Arbeitszeit von 39,7 Stunden auch Fort- und Weiterbildungstage in der Verlängerung enthalten sein sollen. Am Dienstag finden Sondierungsgespräche statt.

Sollte ver.di bei den Kommunen abschließen, bleibt das Problem des Tarifvertrags über Arbeitszeit und Weihnachtsgeld für die Landesbeschäftigten. Zwar streiken hier die Autobahnmeistereien, ab und zu fällt eine Vorstellung am Staatstheater aus, aber so wirksam wie bei Müllabfuhr, Kliniken und Kinderbetreuung sind Arbeitsniederlegungen in diesen Bereichen nicht.

alk

Niedersachsen

Hannover. „Wir sehen weder Einsicht noch Vernunft“, ist das Fazit des ver.di Landesbezirksleiters Niedersachsen/Bremen Denia zu den bisher ergebnislosen Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern. Die Landesregierung Niedersachsen versucht nach Informationen der Gewerkschaft ver.di, alle niedersächsischen Kommunen per Druck von oben zur Einführung der 40-

Stunden-Woche zu zwingen. Einige Städte wie Hannover und Lüneburg hatten bisher erklärt, zunächst an der 38,5-Stunden-Woche festhalten zu wollen. Nun werde offenbar das Eingreifen der Kommunalaufsicht im Innenministerium vorbereitet, um die „abtrünnigen Städte auf Linie zu bringen“, sagte ver.di-Landeschef Wolfgang Denia der dpa am 27.3.06.

Dass die Arbeitgeber, trotz gegenteiliger Beteuerung, nicht an einer Einigung interessiert sind, zeigen Aussagen des kommunalen Verhandlungsführers Wilkening in der ZEIT (2.3.06), in der er ankündigt, einen tariflosen Zustand anzustreben und wie im Land Beschäftigten einzelvertraglich die 40-Stunden-Woche zu diktieren. Das Land Niedersachsen hat den tariflosen Zustand der vergangenen 22 Monate schon genutzt, um einem Drittel der Landesbediensteten durch einzelvertragliche Regelungen die 40-Stunden-Woche zu verpassen.

„Die Länder sollen sich keine Illusion machen, den Streik schwächen zu können, indem sie auf Zeit spielen – eher erreichen sie das Gegenteil!“ so Denia.

Und so sind die Zahl der Streikenden

17.2 – 8.000, 20.2 – 11.000, 21.2 – 8.000, 22.2. – 8.000, 23.2. – 12.000, 24.2. – 10.000, 27.2. – 5.000, 28.2.06 – 5.000, 1.3. – 8.000, 2.3. – 13.500, 3.3. – 8.000.

Die unterschiedlichen Zahlen sind nicht der Streikmüdigkeit, sondern der Taktik von ver.di geschuldet. Am 22. Streiktag (6.3.06) haben zu Beginn der vierten Streikwoche über 6.000 Beschäftigte ihre Arbeit niedergelegt. In den letzten vier Wochen haben 130.000 in Niedersachsen gestreikt.

Wer hat gestreikt?

Autobahn- und Straßenmeistereien, Abfallwirtschaftsbetriebe, Bauhöfe, Fachhochschulen, Flughafen Hannover (Mitarbeiter bei Technik und Gepäckabfertigung), ehemalige Hafenämter N-Ports, Erzieherinnen, kommunale und Landeskrankenhäuser, Landesämter für Soziales, Jugend und Familie, mobile Verkehrsüberwachung im Landkreis Friesland, Müllabfuhr, Niedersächsisches Landesamt Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) aus ganz Niedersachsen, Politesen, Schulreinigung, 13 Sparkassen, Staatstheater, Statistikämter, Stadtverwaltungen (Verwaltung, Reinigung, Hausmeister), Straßenmeistereien, Universitäten.

Am 6.3. traten auch die Beschäftigten der Polizeidirektion Göttingen in den Ausstand.

Wo wurde gestreikt?

In Bad Harzburg, Brake, Bomlitz, Braunschweig, Buchholz, Cuxhaven, Emden, Gehrden, Göttingen, Hannover, Samtgemeinde, Hagen, Helmstedt, Hil-

desheim, Langelsheim, Leer, Lüneburg, Nienburg, Norden, Nordenham, Northeim, Oldenburg, Osnabrück, Peine, Salzgitter, Stade, Uelzen, Wesermarsch, Wolfburg.

Weiterhin wurden zahlreiche Kundgebungen durchgeführt, an denen zwischen 200 bis 2.500 Beschäftigte teilgenommen haben.

Die Fahrer der Üstra-Busse und -Bahnen in Hannover traten an einem Tag in Hannover für eine Stunde in einen „Solidaritätsstreik“. Sie befürchteten, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit von Arbeitern und Angestellten beim Land und den Kommunen auch auf ihren Ta-



Auch die GEW ist mit dabei, hier beim Streik in der VHS Hannover. Bild GEW

riffbereich übertragen werden könnte.

Es gab u. a. Solidaritätsadressen von Regiobus, Karstadt Betriebsversammlung, Betriebsversammlung Extra Markt. In der Solidaritätsadresse der DGB-Gewerkschaften Niedersachsens heißt es: „Wir warnen vor einer Stimmungsmache gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir rufen dazu auf, sich mit den Gründen und Argumenten der Streikenden auseinander zusetzen.“

Seit 23.2. Donnerstag sind auch 13.500 Beschäftigte im Land Bremen im Streik.

Und wie reagiert die Presse?

In der Presse wird nicht mehr so gehetzt wie bisher. Die Parole von Möllring „Es sind doch nur 18 Minuten“ ist nicht mehr Schlagzeile. Zwar wurde Panik gemacht bezüglich der Müllberge und Ratten, die immer im Streik benutzt wird und im Sommer sicher auch ein Problem sind, aber gleichzeitig auch berichtet, dass das Gesundheitsamt bestätigt habe, es gäbe keine Gesundheitsgefahr und dass in der Notdienstvereinbarung stehe, dass Müll bei entsprechender Gefahr abgefahren würde. In einem Bericht über eine Behinderten-einrichtung, in der nur noch zwei Mitarbeiterinnen arbeiteten, endet der Artikel: „An vielen der 14 Förderschulen unterstützen Eltern dennoch den Streik“.

Eine Überschrift der „Hannoverschen

Allgemeinen Zeitung (HAZ)“ v. 2.3.06 über den Verhandlungsführer der Länder Möllring lautet „Der Raubauz aus Hildesheim“. Es kommt der Eindruck auf, als solle an Möllrings harter Haltung gekratzt werden, wenn geschrieben wird: „Länder-Verhandlungsführer Möllring gilt als harter Hund“ und „Als Scharfmacher bekannt: Hartmut Möllring“.

Nachdem Wulff zunächst anlässlich der anstehenden größten Technologiemesse Europas, der CeBIT (Beginn 09.03.) in der „HAZ“ am 23.2.06 vor einem Streik während der CeBIT warnte, heißt es dann weiter: „Ich bitte die Streikenden, die Lebensader Niedersachsens zu verschonen“. Wulff: „Man kann den Streik verstehen, aber es darf nicht dem Land und den Arbeitsplätzen geschadet werden. (...) Ich bitte darum, die Messe von dem Arbeitskampf zu verschonen“.

Ob es von daher Taktik ist, dass Wulff ver.di Gespräche anbietet und Bereitschaft zu einer schnellen Verhandlung signalisiert, „es gebe zwar nur geringen Spielraum für Kompromisse, aber wenn ver.di-Chef Bsirske ihn anrufen würde, wäre er auch zu einem Gespräch vor dem 10. März bereit“ (HAZ-Artikel vom 2.3.06), oder ob er Möllring damit zurückpfeift ist nicht auszumachen.

Trotz vieler Schikanen in den Betrieben, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind, Hetze gegen Streik, Drohungen mit Einstellung von Gehaltszahlungen, Ablehnung, Krankengeld zu zahlen, wenn Streikende während des Streiks krank wurden, ist es nicht gelungen die Stimmung bei den Beschäftigten zu beeinflussen. Personal und Betriebsräte berichten über eigenständige Aktionen der Beschäftigten, die Flugblätter schreiben, Aktionen in den Betrieben durchführen etc. Und nach wie vor gibt es viele Eintritte und gerade auch bei den jüngeren Beschäftigten.

ver.di-Landesleiter Wolfgang Denia zeigt sich mit dem ungebrochenen Streikwillen sehr zufrieden: „Wir können jederzeit noch weiter zulegen. Der Streik werde sich wellenartig fortsetzen. „Wir werden den Druck auf Herrn Möllring und die Kommunalen Arbeitgeber weiter erhöhen, denn das ist die einzige Sprache, die sie verstehen, um sich zu bewegen“, sagte er. „Wir haben 14 Jahre nicht gestreikt, und es war schwer einzuschätzen, wie die Menschen sich unter Druck verhalten würden. Die Arbeitgeber haben keine Schweinerei ausgelassen. Doch nun liegt die Mobilisierung deutlich über dem, was wir erwartet hatten“ so Denia.

Die „18-Minuten-Lüge“ von Finanzminister Hartmut Möllring sei längst in sich zusammengebrochen. Ihm gehe es einzig und allein um die Vernichtung von Arbeitsplätzen. ver.di habe bewusst

bestimmte Betriebe und Dienststellen, die nun schon seit längerem im Arbeitskampf waren, aus dem Streik herausgenommen, um sie wieder mit neuer Kraft in den Streik führen zu können. Insgesamt richte sich die Streikleitung noch auf einen langen Arbeitskampf bis Ende März ein, „da keine belastbaren Annäherungen, die ohnehin erst am 10. März ausgelotet werden können, zu erkennen seien“.

ver.di will auch Europas größte Technologiemesse, die CeBIT, zum Ziel der Streiks machen.

Für Donnerstag, 9. März, ruft ver.di alle Streikenden aus Niedersachsen und Bremen zur Teilnahme an einer zentralen Streikversammlung und Kundgebung unter Beteiligung des ver.di-Vorsitzenden Bsierske auf dem Opernplatz in Hannover auf. *bee*

Quelle: ver.di

Hamburg

Nach 16 Tagen Streik wurde eine der drei parallel verlaufenden Tarifausschlichtungen im öffentlichen Dienst der Hansestadt beendet und zugleich die bundesweit erste Tarifvereinbarung mit einem kommunalen Arbeitgeber abgeschlossen. Während die Landesbeschäftigten und die Beschäftigten in den Krankenhäusern weiter für die Übernahme des TVöD durch die Länder bzw. den neu gegründeten Krankenhaus Arbeitgeberverband kämpfen, wurde am 1.3. im Bereich der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH), d.h. für rund 20.000 Beschäftigte bei 71 städtischen Betrieben, eine Einigung erzielt. Es hätte schlechter kommen können; trotzdem bedeutet der Abschluss einen Einstieg in die 40-Stunden-Woche.

Im Wesentlichen sieht er die Staffellung der Arbeitszeit nach Entgeltgruppen, Alter und Elternschaft vor. In den Entgeltgruppen 1 bis 9 beträgt die Arbeitszeit für Beschäftigte ab 50 Jahre 38 Stunden, für jüngere mit mindestens einem Kind bis 12 Jahre 38,5, für kinderlose jüngere 39 Stunden. Laut ver.di sind etwa bei der Stadtreinigung oder in den Altenpflegeheimen in diesen unteren Entgeltgruppen, in denen die harte körperliche Arbeit anfällt, über 90% der Beschäftigten konzentriert. Für die Entgeltgruppen 10 und 11 gelten für Beschäftigte über 56 und für Beschäftigte bis 55 mit mindestens einem Kind 39, für Beschäftigte bis 55 ohne Kind 39,5 Stunden Wochenarbeitszeit. In den Entgeltgruppen 12 bis 15Ü – also für leitendes Personal und Akademiker – gelten für Beschäftigte ohne Kinder 40 Arbeits-

stunden, mit Kind 39,5 Stunden.

Schon die Darstellung des Abschlusses zeigt das Problem: Für die Belegschaften gelten künftig quer durch recht unterschiedliche Arbeitszeitregelungen. Das dürfte auch einer der Hauptgründe dafür sein, dass in der Urabstimmung zur Beendigung des Streiks in den Streikbetrieben der Stadtreinigung und -entwässerung nur 42% für den Abschluss votierten. ver.di will versuchen, durch Nachverhandlungen bei den Betrieben zu erreichen, dass die unterschiedlichen Arbeitszeiten vor allem durch freie Tage ausgeglichen werden.

Positiv schlägt zu Buche, dass der Abschluss auch für bisher neu Eingestellte bzw. zukünftig Einzustellende gilt – der ausufernden Praxis, Lohnabhängige zu diskriminierenden Bedingungen einzustellen, ist damit zumindest in diesem Bereich des öffentlichen Dienstes ein Riegel vorgeschoben. Als Erfolg wird auch gewertet, dass der Abschluss, der eine Verlängerung der Arbeitszeit von jetzt 38,5 auf durchschnittlich 38,8 Stunden bedeutet, keinen Stellenabbau begründen soll. Trotzdem erscheint das zentrale Argument, das ver.di gegen die von den öffentlichen Arbeitgebern geforderte Arbeitszeitverlängerung anführt – der Verlust weiterer Arbeitsplätze in großer Zahl –, mit dem Abschluss angeschlagen.

Der wesentlich von den Beschäftigten der Stadtreinigung getragene Streik fand, trotz der mit den Müllbergen verbundenen Unannehmlichkeiten, Umfragen zufolge bis zum letzten Tag mehrheitlich öffentliche Zustimmung und z.T. aktive Unterstützung (siehe Bild). Die Landesbeschäftigten setzen ihre Streikaktionen fort, so in den Bezirksämtern, tageweise bei verschiedenen Behörden, dem Landesbetrieb Verkehr sowie Angestellte der Polizei und die Schulhausmeister, ohne jedoch auch nur annähernd den Druck entfalten zu können, den der Streik bis zum Abschluss für die städtischen Betriebe entwickelt hatte. *sc*



Bild: sc

WASG Berlin

Keine politische Mehrheit für Konkurrenzkandidatur

Die WASG Berlin hat es wissen wollen und weiß es jetzt. Von ihren offiziell 860 Mitgliedern beteiligten sich 591 an der Urabstimmung über die Eigenkandidatur der WASG bei den Berliner Wahlen (s. auch S. 18ff.), davon stimmten 272 Mitglieder dafür, 245 dagegen, 10 enthielten sich, 64 Stimmen waren ungültig. Das heißt, nur 45,8% der abgegebenen Stimmen und auch nur 51,6% der gültigen Stimmen votierten für die Kandidatur gegen die Linkspartei.

Der Kurs des WASG-Landesvorstands, der weniger in fundamentalen Kritik, sondern vielmehr in fundamentalistischen Forderungen sich niederschlägt, die bestenfalls zur „Entlarvung“ sich eignen, hat jedenfalls keine politische Mehrheit gefunden. Dieser Kurs, den der führende Kern der Berliner WASG in offener Konfrontation mit der Bundespartei eingeschlagen hat, ist gescheitert. Wie will die Berliner WASG denn Wähler mobilisieren, wenn nicht einmal ein Drittel der eigenen viel beschworenen „Basis“ die Kandidatur unterstützt? Zieht sie das durch, wird das Wahlergebnis entsprechend ausfallen. Die Politik ihres führenden Kerns hat der Berliner WASG ein Problem beschert, dass sie, auch das zeigt das Urabstimmungsergebnis, selbst nicht mehr lösen kann.

Umgekehrt ist diese Politik auch nicht zurückgewiesen worden. Bis zuletzt hatte sich der WASG-Bundesvorstand und hatte sich nicht zuletzt Oskar Lafontaine für die Ablehnung der Eigenkandidatur ins Zeug geworfen; vergebens, seine Appelle und Drohungen haben nicht verhindert, dass sich die WASG in Berlin in einem äußerst zerrissenen Zustand präsentiert.

Der Berliner Linkspartei.PDS brauchte sich angesichts dessen vor einer WASG-Kandidatur nicht zu fürchten. Aber sie wäre klug beraten, wenn sie ihren Kurs nicht einfach durchzieht, sondern sich der Aufgabe der Integration stellt. Denn die Berliner Entwicklung weist ja auch auf mangelnde Integrationskraft der PDS. Mit den „Berliner Thesen“ (s. S. 18ff.) hatte sie den Weg eingeschlagen, ihre Politik zu begründen und damit auch zur Diskussion zu stellen. An diesem Weg sollte sie, allen Widrigkeiten und Störmanövern zum Trotz, konsequent festhalten. Durch die Benennung und Bearbeitung inhaltlicher Probleme könnte sie so einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer politischen Linie leisten, die in beiden Parteien von Mehrheiten getragen wird. *sc*

Sudetendeutsche Landsmannschaft sucht neue Konfrontation

In zahlreichen Städten der BRD finden zurzeit Veranstaltungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum sog. „Tag der Selbstbestimmung“ statt. Die Formel für die Anheizung antitschechischer Emotionen bei diesen Veranstaltungen wurde von der SL-Spitze bereits Ende letzten Jahres vorgegeben. Sie lautet: „Die kollektiven Massenvertreibungen von über 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat waren keine ‚Kollateralschäden des Zweiten Weltkrieges‘, sondern eiskalte ethnische Säuberungen, um Grenzen zu verschieben und ethnisch reine Staaten zu begründen.“ So beispielsweise der SL-Vorsitzende Bernd Posselt (MdB-CSU) am 11. November 2005 in Schwandorf (Oberpfalz).

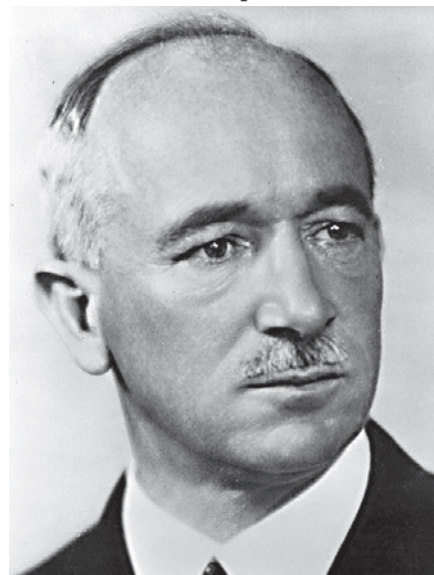
Damit hat eine neue Kampagne gegen Tschechien begonnen. Sie wurde Ende November von der SL-Bundesversammlung beschlossen und soll offenbar einen noch aggressiveren Ton anschlagen als die Kampagne, die im Wahljahr 2002 hochgekocht und bis zum EU-Beitritt Tschechiens 2004 am Kochen gehalten wurde. Nach dem Gedenkjahr 2005, in dem der Befreiung vom deutschen Faschismus und der Opfer der NS-Verbrechen gedacht wurde, soll 2006 bundesweit an einen angeblichen „Völkermord an den Sudetendeutschen“ erinnert werden. An der Sitzung, bei der die SL-Bundesversammlung (nach eigenem Verständnis das „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“) dies beschloss, nahm als Ehrengast der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) teil. Laut Bericht der Sudetendeutschen Zeitung bezeichnete Beckstein in seiner Ansprache „die Beneš-Dekrete als ‚Knackpunkt‘ im deutsch-tschechischen Verhältnis. Hinzu komme, dass die tschechischen Mörder und Menschenhändler der Nachkriegsjahre immer noch unbehelligt geblieben bzw. straffrei gestellt seien. Dies sage er vor dem Hintergrund des Gedenkens an die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse, die vor 60 Jahren begonnen hätten“.

Relativierung der NS-Verbrechen und Delegitimierung der Tschechischen Republik

Was für ein Vergleich! Auf der einen Seite die staatlichen Planer und Strategen von Weltkrieg II und Holocaust, die in Nürnberg angeklagt und verurteilt wurden – auf der anderen Seite Menschen, die 1945 nach Jahren des Besatzungsterrors ihren Hass auf die Nazis nicht zügeln und dabei nicht unterscheiden konnten zwischen schuldigen und unschuldigen Deutschen. Oder

auch Menschen, die die zeitliche Lücke zwischen dem Zusammenbruch der Besatzungsmacht und der Wiederherstellung der tschechoslowakischen Staatsmacht zu kriminellen Taten ausnutzten.

Aber Beckstein will eben genau das sagen: dass die „Vertreibung“ der Sudetendeutschen keine Folge des Krieges und der NS-Verbrechen gewesen sei, sondern ein von Edvard Beneš, dem ersten Außenminister und späteren Präsidenten der 1. Tschechoslowakischen Republik, schon seit der Staatsgründung 1918/19 eiskalt geplanter Völkermord. In Kreisen der Landsmannschaft wird Beneš, während der deutschen Besatzung Kopf der tschechoslowakischen Exilregierung in London und nach seiner Rückkehr 1945 provisorischer Staatspräsident, als Dämon und Massenmörder beschimpft und nicht selten ganz offen mit Hitler auf eine Stufe gestellt. So heißt es beispielsweise in einer



Edvard Beneš

Besprechung des jüngsten „Doku-Romans“ von Sidonia Dedina „Der Pyrrhussieg des Edvard Benesch“ in der Sudetendeutschen Zeitung vom 20.1.2006: „Doch so, wie ein Heinrich Himmler, ein Hermann Göring oder Joseph Goebbels das kranke Hirn eines Adolf Hitler brauchten, um die Judenvernichtung, dieses Projekt des epochalen Horrors, voranzutreiben, so brauchten Nosek* & Co. ebenfalls ein pervertiertes Hirn als Antreiber, um die Vertreibung der Sudetendeutschen ... in dieser Form durchführen zu können. Dieses Hirn war nachweislich Beneš.“

Das Buch, eine Fortsetzung von „Benesch, der Liquidator – Dämon des Genozids an den Sudetendeutschen und Totengräber der tschechoslowakischen Demokratie“ derselben Autorin, wurde am 21. November im Sudetendeutschen Haus in München in Anwesenheit von SL-Chef Posselt vorgestellt. Herausgeber beider Bücher ist Hans Mirtes, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher,

Chef der „Studiengruppe Erbland Sudetenland“ und Mitgründer der „Sudetendeutschen Initiative“, die die Entschädigungsklagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte betreibt und damit vor einigen Wochen abgewiesen wurde. Mirtes wurde Anfang 2005 zusammen mit seinem Intimus Edmund Liepold aus dem Witikobund ausgeschlossen, nachdem innerorganisatorische Intrigen gegen den WB-Bundesvorsitzenden Horst-Rudolf Übelacker im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ ausgebreitet worden waren. „Bernd Posselt“, so heißt es in dem SdZ-Bericht über die Buchvorstellung am 21. November, „bekundete seine langjährige Verbundenheit mit den sudetendeutschen Lehrern, die das Entstehen des Buches zu fördern bereit waren“.

Der aggressivste Slogan seit vielen Jahren

Entsprechend lautet der Slogan, unter dem die SL-Kampagne 2006 ablaufen soll: „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft.“

Das ist der aggressivste Slogan seit vielen Jahren. Er wurde vorbereitet in den Reden auf dem Sudetendeutschen Tag 2004 und 2005, wo der Zusammenhang zwischen Krieg und Umsiedlung ausdrücklich geleugnet wurde. Und durch die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach (Mitglied des CDU-Vorstands), die seit Jahren stets „Vertreibung und Völkermord“ als unzertrennliches Wortzwillingsspaar verwendet, um in jedem Kopf die Assoziation „Völkermord“ zu wecken, wenn das Wort „Vertreibung“ fällt.

Unter dem dreisten Slogan „Vertreibung ist Völkermord“ wird nicht nur der Sudetendeutsche Tag 2006 zu Pfingsten (3./4. Juni) als Höhepunkt der Kampagne ablaufen, sondern zahlreiche weitere Aktivitäten. Geplant sind:

- auf Bundesebene eine zentrale Kundgebung auf dem Marienplatz in München, eventuell auch eine solche in Berlin am Brandenburger Tor;
- auf Landesebene zentrale Kundgebungen in allen Landeshauptstädten;
- Informationsstände der Kreisgruppen;
- eine intensive Medienarbeit;
- eine zentrale Briefkastenaktion: „Dabei soll ein Flug- oder Faltblatt mit einer Kurzinformation über die Beneš-Dekrete, über den Verlust der Heimat, die deutschen Opfer sowie über die Forderungen der SL zur Heilung des Vertreibungsunrechts zum Einwurf gelangen.“

Derartige Aktivitäten sind zweifellos geeignet, die deutsch-tschechischen Beziehungen erneut schwer zu belasten.

Renate Hennecke

* Václav Nosek: tschechoslowakischer Innenminister unter Beneš

Streiks. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes forderte eine generelle Änderung des Streikrechts. *rub*



Zehn Tage nach einer Großdemonstration in der belgischen Hafenstadt Antwerpen demonstrierten am 25.2. rund 7000 Menschen in Brüssel für die Legalisierung der Menschen ohne Papiere. Aufgerufen hatten mehrere Flüchtlingsorganisationen, unterstützt wurde die Demonstration u.a. auch von den Gewerkschaften. Die Veranstalter kritisieren die belgischen Einwanderungspolitik, die viele tausend Einwanderer zu „Menschen ohne Papiere“ und das heißt ohne Möglichkeit zur Arbeit und ohne Zugang zu Schule, Ausbildung und Gesundheitsversorgung macht. Die „Union zur Verteidigung der Menschen ohne Papiere“ hat einen Gesetzentwurf zur Legalisierung der Einwanderer ausgearbeitet. Der Entwurf sieht vor allem deutliche Kriterien – sie fehlen im geltenden „Fremdengesetz“ vollständig – und vor allem auch dauerhafte und für alle Einwanderer gleich geltende Kriterien zur Legalisierung vor. Eine Gruppe von „Illegalen“, die eine Kirche besetzt hält (Bild), ist in den Hungerstreik getreten. (Quelle und Bild: Indymedia Belgien)

Guantanamo-Internierte erhalten jetzt wenigstens einen Namen

Aufgrund eines Gerichtsurteils muss das Pentagon jetzt die Namen der rund 500 im Lager Guantánamo internierten Gefangenen veröffentlichen. Geklagt hatte die Nachrichtenagentur AP. Die Namen sind in mehreren tausend Seiten Vernehmungsprotokollen, die im letzten Jahr veröffentlicht wurden, geschwärzt. Etliche Namen sind durch Familienangehörige, Rechtsanwälte und Menschenrechtsorganisationen bereits bekannt, wurden aber bisher in nur ganz wenigen Ausnahmefällen durch die Regierung bestätigt. Das Gericht wies die Behauptung der Regierung, die Geheimhaltung der Namen solle die Familien der Gefangenen schützen, als unbegründet zurück. Menschenrechtsorganisationen hatten kritisiert, dass das Pentagon durch die Geheimhaltung die anwaltliche Vertretung der Gefangenen erschwert. (NZZ online, 5.3.)

Streikwelle in Vietnam erzwingt höhere Mindestlöhne

Im Februar erhöhte die vietnamesische Regierung die Mindestlöhne um fast 40% auf 45 bis 55 \$ im Monat (je nach Region). Sechs Jahre waren die Mindestlöhne in Vietnam nicht gestiegen trotz einer Inflationsrate von 28% in dieser Zeit. Die Regierung sah sich zur Erhöhung der Mindestlöhne nach einer beispiellosen Streikwelle gezwungen. Diese war nicht über die Gewerkschaft

organisiert worden, die sich erst am Ende der spontanen Arbeitskämpfe einschaltete. Gut zwei Monate hatten bis zu 40.000 Beschäftigte ausländischer, meist taiwanesischer, Unternehmen gestreikt. Der Durchbruch der Bewegung für höhere Löhne kam, als 18.000, davon die Mehrzahl Frauen, bei dem taiwanesischen Unternehmen Freetrend, das u.a. für Adidas und Nike produziert, in den Streik traten. Da wurden dann 25 taiwanesischen Betriebe bestreikt. Der taiwanesischer Unternehmerverband drohte, Teile der 1.400 Betriebe in Vietnam zu verlagern. In Taiwan wurde der vietnamesische Botschafter einbestellt. Der taiwanesischer Außenminister forderte eine „Schnelle und angemessene Reaktion der Regierung Vietnams“. Die International Herald Tribune vermeldete, dass die europäischen Textil- und Schuhherstellerhersteller sich besorgt über das Ende des bisher „ruhigen Produktionsklimas“ in Vietnam zeigten. Aus der USA drohte McDonalds, bei dessen Zulieferer 10 000 Beschäftigte im letzten Jahr gestreikt hatten. Zur Beruhigung der ausländischen Investoren beschloss nun die Regierung, das Arbeitsrecht zu ändern. Mussten Streiks bisher drei Tage vorher angekündigt werden, soll diese Frist auf 15 Tage verlängert werden. Der Passus, dass bei Nichteinhaltung der Ankündigungsfrist Schadensersatz gezahlt werden muss und dass nur Gewerkschaften streiken dürfen, wurde beibehalten. Gewerkschaftsvertreter sehen gerade in diesem Passus die Ursache für „wilde“

Streiks in Griechenland – Regierung verfügt Zwangsverpflichtung

Seit November 2005 finden nahezu wöchentlich Streiks für höhere Löhne und Renten und Sicherung der Arbeitsplätze in Griechenland statt, die mittlerweile alle Branchen erfasst haben. Ende 2005 fand ein eintägiger Generalstreik statt, im Februar streikten Öffentlicher Dienst und Banken vier Tage, und am 15. 3. soll der nächste Generalstreik folgen. Die Streiks richten sich gegen die gnadenlose Sparpolitik der konservativen Regierung Karamanlis, die die Sanierung des Staatshaushalts einzig auf Kosten der Lohnabhängigen, Rentner und sozial Schwachen durchsetzen will. Die Sparmaßnahmen betreffen hauptsächlich Sozial- und Rentenkassen, Krankenversicherungen, Öffentlichen Dienst und Bildungswesen. Außerdem wurde die Mehrwertsteuer erhöht und die Arbeitslosenrate stieg auf 11%.

Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es Ende Februar im griechischen Fährverkehr. Die Unternehmen boten mit einer 2,8% Lohnerhöhung noch nicht einmal den Ausgleich der Inflationsrate an und drohen mit Ausflagung im großen Stil. Die Matrosen und Hafenarbeiter streikten sieben Tage. Keine Fähren der nationalen und internationalen Verbindungen liefen aus den Häfen aus. Auf Kreta und anderen Inseln demonstrierten Bauern gegen die Regierung, Tausende Tonnen Gemüse konnten nicht abtransportiert werden. Als die Versorgungslage auf den griechischen Inseln prekär wurde, versuchte die Regierung nicht zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zu vermitteln. Vielmehr erklärte sie trotz gegenteiliger Urteile von Gerichten aus Athen und Thessaloniki den Streik für illegal und eine „Zwangsverpflichtung“ für alle im Fährverkehr beschäftigten Seeleuten. Gleichzeitig setzte sie Kriegsschiffe für die Inselversorgung ein. In Piräus und Thessaloniki kam es nach der Zwangsverpflichtung zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden und unterstützenden Demonstranten, die verhindern wollten, das Fahren beladen wurden. Nach den Straßenschlachten beendete die Gewerkschaft vorerst den Streik. *rub*



Zusammenstellung: scc

KIEL. Mehr als 2.000 SchülerInnen in Schleswig-Holstein machten am 22. Februar 2006 der Landesregierung vor dem Kieler Landtag lautstark deutlich, dass sie sich gegen ihre Bildungspolitik zur Wehr setzen und dies auch in Zukunft tun werden. Das Ministerium für Bildung und Frauen will das Kurssystem in der Oberstufe abschaffen. Die LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen in Schleswig-Holstein (LSV GG S-H) lehnt dies ab. Sie erklärt: „Die Pläne in der vorliegenden Form sehen wir nicht als Verbesserung von Bildungschancen an, vielmehr führen Teile der Reform zu einer starken Einschränkung des Individuums Schüler ... Durch die Einführung der Profileroberstufe findet eine Abwertung wichtiger Fächer statt, wie zum Beispiel der Gesellschaftswissenschaften.“ Unterstützt wird die LSV GG von der LandesschülerInnenvertretung der Berufsbildenden Schulen, den Jungen Grünen, den Jusos und der GEW. www.jug-sh.de



Hamburger Lehrerinnen und Lehrer lehnen Schulgesetznovelle ab

HAMBURG. Die Personalversammlungen aller Hamburger allgemeinbildenden Schulen fordern die Bürgerschaft einstimmig auf, die in einem neuen Schulgesetzentwurf ab 1.8.2006 geplanten Veränderungen nicht zu beschließen und erklären die Ablehnung der mit der flächendeckenden Einführung der Selbstverantworteten Schule geplanten Veränderungen. Sie befürchten die Abwälzung der vollen Verantwortung für die Mangelverwaltung auf die Schulen, die Straffung der behördlichen Steuerung, den Aufbau hierarchischer Strukturen und die Einschränkung von Mitbestimmung und innerschulischer Demokratie. Weiter forderten die Personalversammlungen die Beibehaltung der gegenwärtig bestehenden zentralen Personalräte in den vier Schulkapiteln, die von der Behörde abgeschafft werden sollen. Die Vorsitzenden der Personalräte erklärten übereinstimmend: „Das neue Schulreformgesetz wird das öffentliche Bildungsangebot in Hamburg verschlechtern. Die Schulen werden zu weiteren Sparmaßnahmen gezwungen. Die Schulleitungen werden überfordert, Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer werden weiter demotiviert.“ Dazu heißt es in Resolutionen der Personalversammlungen: „Die Personalversammlung fordert alle Kollegien auf, die geplanten Veränderungen des Hamburgischen Schulwesens und ihre absehbaren Folgen in den nächsten Monaten auf Lehrerkonferenzen zu diskutieren und sich durch entsprechende Beschlüsse deutlich zu Wort zu melden.“

In den Personalversammlungen wurde deutlich: Die Veränderung der Hamburger Schullandschaft wird begleitet von der Einführung des Konkurrenzgedankens als zentrales Prinzip und von der überwiegenden Orientierung pädagogischer Arbeit am messbaren Output.

Durch Budgetetierung und Deregulierung wird die Tür zur Privatisierung des Bildungsbereichs aufgestoßen.

www.gew-hamburg.de

Tribunal gegen Armut – für Mindesteinkommen und Mindestlohn!

ERFURT. Am 11. März 2006 führt die Gewerkschaft ver.di in Erfurt mit der BürgerInneninitiative „Für Gleichbehandlung – Gegen Billiglohn“ und anderen sozialen Initiativen und Organisationen das TRIBUNAL gegen Armut durch. Die soziale Demontage durch Staat und Unternehmen schadet nicht allein den Erwerbslosen und den ArbeitnehmerInnen, die mit Billig- und sogar Armuts-einkommen überleben müssen (in Thüringen sind es 58 % der ArbeitnehmerInnen), sondern allen BürgerInnen.

Ablauf: * Billig- und Armutslohn – Entwicklung der sozialen Lage * Auswirkungen der Billig- und Armutslohn-Situation in der BRD, insbesondere in Thüringen * Anklage und Nebenklage

* Auswirkungen des Billiglohns und Armut – rechtliche Mittel gegen den Staat und die Unternehmen, die Menschen in die Armut drängen * Nebenklagen durch Betroffene * Zeugenanhörung von Betroffenen und Stellungnahme von Sachverständigen aus Thüringer Oppositionsparteien * Urteilsverkündung. <http://Ostthueringen.verdi.de>

Gegen die Wiederbelebung der Berufsverbote – Demo am 25. März

BERLIN. Die 29. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) wendet sich am 5.3.2006 entschieden gegen das Berufsverbot, das gegen einen Heidelberger Lehrer Michael Csaszkczy verhängt wurde und fordert „die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, alle gesetzlichen Grundlagen, die ein Berufsverbot ermöglichen, abzuschaffen. Politische Differenzen müssen in einem Land mit demokratischem Anspruch auf politischer Ebene geführt werden und dürfen nicht durch staatliche Repressionen gegen einzelne unterbunden werden.“ Die Studierenden werden zu Protesten ermuntert..

Am 10.3.2006 findet vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe die Verhandlung über das Berufsverbot statt. Am 25.3.2006 mobilisieren zahlreiche Gruppen zu einer bundesweiten Demonstration in Karlsruhe. www.fzs.de

BAföG weiter entwickeln – Studienkreditprogramm der KfW stoppen!

BERLIN. Die Linksfraktion des Bundestages, die Studierendenschaft der TU Kaiserslautern, der Jugendverband Rebell, die Jusos Sachsen, die Jusos Leipzig, die Jungen Freien Wähler Bayern. Das sind nur einige der neuen Mitglieder, die das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) bei seiner Vollver-

sammlung am 2.3.2006 aufnehmen konnte. Das ABS besteht nun aus weit über 200 BündnispartnerInnen, die mehrere Millionen Mitglieder vertreten.

Die Vollversammlung forderte die Bundesregierung auf, das Studienkreditprogramm der KfW stoppen und stattdessen das BAföG weiter zu entwickeln und auszubauen. Hintergrund dieser Forderung ist die Tatsache, dass die Bundesregierung im jüngst vorgelegten Haushaltsentwurf wiederum auf die dringenden Anpassungen beim BAföG verzichten will. Stattdessen investiert sie in Elitehochschulen und ein Studienkreditsystem. „Schavan will auch den letzten Rest Chancengleichheit lieber heute als morgen abschaffen. Da stört das BAföG natürlich“, so das ABS.

www.abs-bund.de

Jugendverbände sammeln Unterschriften für stärkere Förderung

DÜSSELDORF. In Nordrhein-Westfalen ist am 7.2.2006 eine neue Volksinitiative für die Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit gestartet. Ziel der von Jugend- und Sozialverbänden getragenen Initiative ist die Wiederaufstockung der vor zwei Jahren von der damaligen Landesregierung gekürzten Mittel für die Jugendarbeit. SPD und Grüne hatten 2004 eine Senkung der Fördermittel von 96 auf 75 Millionen Euro beschlossen. Mit einer von 175.000 Bürgern unterzeichneten Volksinitiative konnten aber die Vertreter der Kinder- und Jugendinteressen im selben Jahr die Verabschiedung eines Jugendförderungsgesetzes erreichen. Die Initiatoren erhielten die Zusage der Wiedererhöhung der Fördermittel auf den alten Stand nach zwei Jahren. CDU und FDP haben nun angekündigt, die Kürzungen nicht zurücknehmen zu wollen. Beide Parteien hatten seinerzeit die erste Volksinitiative unterstützt. www.mehr-demokratie.de
www.volksinitiative-nrw.de

Kampagne 200X – antikapitalistische Inhalte in den Diskurs bringen

OLDENBURG. Am 28. Februar 2006 startete offiziell die Kampagne 200X im westlichen Niedersachsen. Unter dem Titel „Kampagne 200X – Never conform, always resist!“ will ein Zusammenschluss linksautonom und libertär-sozialistischer Gruppen antikapitalistische Inhalte wieder in den gesellschaftlichen Diskurs bringen. Was viele als „normale gesellschaftliche Zustände“ ansehen, ist kein Muss. Diesen steht ein selbstverwaltetes, emanzipatorisches Leben entgegen. Zu den geplanten Aktionen schreiben die Initiatoren: „Wir sehen vor, mindestens zwei große Demonstrationen (z.B. am 22. April), einige Workshops (z.B. am schwarzen Samstag in Osnabrück), Konzerte (z.B. am 10. März in Olden-



burg) und öffentliche Outings von Nazis in den Kontext des Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus zu stellen. In Nordhorn wird es einen großen Aktionstag geben, an dem zwei verschiedene Projekte zeitgleich anlaufen. Einmal wird ein Umsonstflohmärkt stattfinden unter dem Motto: „Nimm, was du brauchst, gib, was du hast.“ Zum anderen wird ein Straßentheater veranstaltet. Mit dem Thema: „Kennst du das Land, in dem die Ignoranz blüht?“ wollen wir die ZuschauerInnen zur kritischen Selbstbegegnung mit Deutschland bewegen. Unser Einsatz gilt einer Gesellschaft, in welcher Menschen unabhängig von Ausbeutung und Verwertungslogik existieren können. In diesem Zusammenhang sind in Osnabrück sowie in Oldenburg zwei große 1. Mai-Demonstrationen geplant.“

www.kampagne200x.de.vu

Bahnstationsmanagement ließ Mahnmahl heimlich abreißen

KÖLN. Die Initiative „Die Bahn Erinnern“, darunter auch junge Menschen des Jugendclubs Courage Köln, hatte Ende Januar 2006 auf dem Hauptbahnhofsvorplatz neben dem Zeit-Café ein Denkmal errichtet, das an die letzte Eisenbahnfahrt von Millionen Menschen in die NS-KZ und Vernichtungslager erinnert. Die Mittäterschaft der Reichsbahn wird durch eine hölzerne Eisenbahnschwelle angeklagt und die Mitverantwortung der Deutschen Bahn eingefordert. Am Rosenmontag hat das Bahnstationsmanagement handstreichartig das Mahnmahl entfernt und im Schließfachbereich deponiert. Wolfgang Breuer, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.Köln, hierzu: „Das Denkmal muss vorerst an den alten Standort zurück. Dort hat die Stadt das Sagen, und nicht der Bahnstationsmanager. Die Bahn darf sich nicht weiter verweigern. Ein geeigneter Platz im Bahnhof lässt sich bestimmt einvernehmlich finden. Nur so gibt es schließlich einen örtlichen und inneren Zusammenhang mit dem Gedenken an die Verstrickungen der Bahn in NS-Verbrechen.“

www.pds-nrw.de

VENRO zum Entwicklungshilfeeat

BERLIN. Der Entwurf der Bundesregierung zum Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist beim Verband Entwicklungspolitik (VENRO), der mehr als 100 entwicklungspolitische Organisationen vertritt, auf ein geteiltes Echo gestoßen. Im Haushaltsjahr 2006 sind insgesamt 4,160 Mrd. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen. Das sind 7,8 Prozent

mehr als 2005. Das Entwicklungsministerium wird nach eigenen Angaben 2006 den Anteil der deutschen Entwicklungsleistungen am Bruttonationaleinkommen auf 0,33 Prozent steigern. Bei genauer Analyse zeigt sich aber, dass die Zuwächse gegenüber dem Vorjahr größtenteils aus anderen Finanzierungszusagen stammen. Auf Kritik stößt zudem die vorgesehene Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen für die bilaterale Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern um 130 Mio. Euro.

www.weltweite-aktion-gegen-armut.de

5.000 Menschen bei Aktionstag gegen Gentechnik am 3. März

INGOLSTADT. Am Aktionstag für eine gentechnikfreie Landwirtschaft am 3. März 2006 haben sich bundesweit über 5.000 Menschen in mehr als 50 Orten beteiligt. In der Bundesrepublik soll 2006 auf gut 1.800 Hektar gentechnisch veränderter Mais der Linie MON 810 angebaut werden. Etwa die Hälfte der Flächen liegt in Brandenburg, dahinter folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 363 Hektar und Sachsen mit 263 Hektar.



In Ingolstadt, dem Wahlkreis von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, fand eine der größten Demonstrationen statt. Hier protestierten etwa 1.000 Menschen und 80 Traktoren. In Einbeck, dem Hauptsitz der KWS Saatgut AG, die eine Sorte des gentechnisch veränderten Mais MON 810 vertreibt, protestierten am 3. März etwa 30 Bio-Bauern vor dem Firmenter der KWS. An der anschließenden Demonstration durch die Einbecker Innenstadt nahmen etwa 200 Landwirte teil. Im brandenburgischen Eberswalde, seit 2005 die erste gentechnikfreie Kommune in Brandenburg, beteiligten sich etwa 150 Menschen – darunter konventionell und biologisch wirtschaftende Landwirte sowie Imker – an einer Demonstration gegen das Saatgutunternehmen Märka. (Bild). Dieses wirbt bei den Landwirten in der Region derzeit massiv für gentechnisch verändertes Saatgut des amerikanischen Konzerns Monsanto.

www.gentechnikfreie-regionen.de
Zusammenstellung: baf

Nazikaffeefahrt am 4. März 2006: Proteste in Ilmenau, Käfig in Arnstadt

Am 4. März veranstalteten Thüringer Neonazis in Südthüringen eine so genannte „Antikapitalistische Kaffee-fahrt“. 2 Busse fuhren zu Kundgebungen nach Bad Salzungen, Ilmenau und Arnstadt. Empfangen wurden die Neonazis nicht nur durch örtliche „Kameraden“, sondern auch durch hunderte NazigegnerInnen.

Vorfeld: BürgerInnen artikulieren zweifelhaften Protest

In allen 3 Kundgebungsorten erfuhr man früh vom bevorstehenden „Besuch“ durch Thüringer RechtsextremistInnen. In Arnstadt und Ilmenau organisierten Arbeitsgemeinschaften den Protest abseits der Neonazis. Die Show wurde ihnen jedoch durch die Bad Salzunger STZ (Südthüringer Zeitung) gestohlen. Die JournalistInnen initiierten Gegenaktivitäten unter dem Leitspruch: „Nazis raus aus Thüringen“. Wohin mit ihnen? Darauf hatte die Lokalzeitschrift in ihren täglich erscheinenden Artikeln zum bevorstehenden Aufmarsch keine Antwort gefunden. Nichtsdestotrotz in Arnstadt begrüßte die AG „Demokratie braucht Zivilcourage“ die Kampagne der STZ, wählte jedoch für ihre eigene Gegenveranstaltung das Motto „Bunte Vielfalt statt braune Einfalt“. Die bürgerlichen Organisationen konstruieren in ihren Städten, gestützt durch die lokale Presse und hofiert durch die Polizei eine Zivilgesellschaft, welche es in den Südthüringer Provinzen einfach so nicht gibt. Das bestätigen die TeilnehmerInnenzahlen. Aller Mobilisierung zum Trotz kamen in den Städten mit weit

über 20000 EinwohnerInnen nur jeweils 200-300 NazigegnerInnen, welche auch noch zum Großteil aus der unerwünschten linksradikalen Szene kamen.

Vielleicht waren die BürgerInnen ja auch abgeschreckt durch die nicht ganz so logische Antwort auf die Frage: Wohin denn nun mit den Nazis? Auch wir geben uns nicht mit einer in Aussicht gestellten Ausweisung der Neonazis aus Thüringen zufrieden, auch möchten wir nicht in das Verbotsgerede einstimmen, denn dadurch verschwinden sie nicht als reale Gefahr für Menschen mit einem anderen Lebensverständnis. Perspektivisch kann der Kampf gegen Nazis nur durch Aufklärung und Verächtlichmachung der rechten Aktivitäten geleistet werden. Auch muss ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein geschaffen werden, dass rechtsextremes Gedankengut, welches in der Mitte der Bevölkerung schon Fuß gefasst hat, aufgelöst wird durch essentielle Faktoren der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich Nationalismus und Herrschaft.

Protest in Ilmenau

Gegen 12 Uhr landeten ca. 60 Neonazis mit 2 Bussen (Rhönseglar: WAK ZP 81 | Sell Reisen Jena: J SR 132) am Ilmenauer Apothekerbrunnen. Empfangen wurden sie nicht nur durch ca. 15 örtliche Kameraden, sondern auch lautstark, sowie durch Transparente der NazigegnerInnen. Trotz Pfiffen und Sprechchören begann der vorbestrafte Neofaschist Patrick Wieschke mit dem ersten Redebeitrag. Wieschke wurde erst wenige Monate vorher aus dem Ge-

fängnis entlassen. Weitere Redner waren Patrick Paul aus Erfurt und Hendrik Heller aus Leimbach, bei Bad Salzungen. Zum Abschluss der Kundgebung spielte der rechtsextreme Liedermacher Max aus Jena traditionsbewusst noch ein deutsches Volkslied. Nachdem er bemerkte, dass sein Auftritt nicht sonderlich begeisterte, verabschiedete er sich mit der Bekundung wir seien doch ein Volk. Dass der Protest in Ilmenau etwas verhaltener ausfiel haben die RechtsextremistInnen ihrem Freund und Helfer, der Polizei zu verdanken. Vielen AntifaschistInnen gelang der Durchbruch zum Apothekerbrunnen nicht, sie wurden an unzähligen Polizeisperren aufgehalten.

Verabschiedet wurden die unerwünschten Gäste dann doch noch gehend durch Schneebälle und Flaschen und einen Tankstop später waren sie schon mit 70km/h auf der Autobahn Richtung Arnstadt unterwegs.

Käfig in Arnstadt

Gegen 14 Uhr kamen die Busse auf dem Arnstädter Markt an. Anders als in Ilmenau waren sie hier jedoch völlig isoliert. Die Polizei errichtete mit Absperrgittern einen Kessel um die Nazikundgebung und um sicher zu gehen, dass auch kein Mensch die Pufferzone betreten konnte, sperrte man den Markt zudem noch großzügig ab. Ähnlich wie am 26. November 2005 gelang es der Polizei auf einem zentralen Platz in Arnstadt temporär eine national befreite Zone für die Neonazis zu schaffen.

Willkommen schienen sich die Nazis nicht zu fühlen, denn nur sehr wenige BürgerInnen verirrt sich am Nach-



agst.antifa.net



Fenster am Rathaus

agst.antifa.net

mittag auf den Marktplatz. Auch hielten sich mehr als 100 AntifaschistInnen, welche dem Aufruf der Gruppe Left Resistance Arnstadt (LRA) gefolgt waren im Innenstadtbereich auf. Im Vorfeld zum Aufmarsch fand eine Antifakundgebung auf dem Riedplatz, welche über rechtsextreme Umtriebe in Arnstadt aufklärte, statt.

Am Protest der AG „Demokratie braucht Zivilcourage“ auf dem Rathausvorplatz beteiligten sich etwa 100 BürgerInnen. Trotz der teilweise diskreditierenden Durchsagen des Versammlungsleiters und der willkürlichen Vorgehensweise der Polizei versammelten sich am Rathausvorplatz zeitweise mehr als 150 Menschen und gaben ihren Protest gegen das Treiben auf dem Markt (50m Luftlinie) lautstark kund.

Als Tagesabschluss planten die Neonazis noch eine Spontandemo durch Arnstadt. Diese blieb wohl nur erspart, weil die Polizei die Sicherheit der DemoteilnehmerInnen nicht hätte garantieren können. So entschieden sich die RechtsextremistInnen zu einem spontanen Sprint durch Neudietendorf.

Nazis machen auf sozial

Auf Stimmenfang gingen die RechtsextremistInnen mit einer scheinheiligen Kritik am Kapitalismus. Dass sie dabei auf Symboliken und Sprüche aus linken Milieus zurückgreifen müssen, stört sie nicht. Schon durch die hohe Beteiligung rechter Strukturen an den öffentlichkeitswirksamen Hartz IV-Demonstrationen wurde versucht soziale Proteste in eine nationalistische Richtung zu lenken. Die traditionellen Themen wie das Gedenken an faschistische Ikonen, beispielsweise Horst Wessel oder Rudolf Hess werden zwar noch aufgegriffen, stehen aber nicht mehr so auffallend im Brennpunkt rechter Kampagnen. Auch die nun eingeleitete Kampagne unter dem Motto „Freie Menschen statt freier Märkte“ steht thematisch abseits von rassistischer Asyl- und antisemitischer Gedenkpolemik, verpackt die alten Ressentiments jedoch in eine neue Form. Was die Neonazis wirklich beabsichtigen und dass es mit der Forderung nach freien Menschen nicht weit her ist, zeigt sich kontinuierlich in brutalen Übergriffen auf Nicht-Deutsche, Punks und alternativ lebende Jugendliche, wie zuletzt in der Nacht von 3. zum 4. März als etwa 8 Neonazis am Suhler Kaufhof 2 Punks attackierten.

Am 1. April will nun selbiges Klientel im Rahmen einer bundesweiten Kampagne in Arnstadt aufmarschieren. Erwartet werden ca. 400 Neonazis. Wir als AntifaschistInnen werden diese Bestrebungen zu verhindern wissen.

In diesem Sinne:

Naziaufmärsche überall stören, blockieren, sabotieren – am 1. April auf nach Arnstadt!

Keine Busfahrt für Faschisten!

Ein Dokument zum Selbstverständnis der „antifaschistischen Gruppe Südthüringen

Antifa ist der Kampf ums Ganze !

http://agst.antifa.net/texte/antifa/kampf_ums_ganze.htm

„Man muss die Welt sehen wie sie ist – aber muss man sie so lassen?“ (Freundeskreis 1999)

Die Gesellschaft in der wir leben ist gekennzeichnet von Unterdrückung, Ausbeutung und (als Spitze des Eisbergs, oft in den Medien erwähnt) faschistischen Angriffen und Verbrechen – das ist zu weit von unseren Träumen entfernt um darin widerstandslos weiter zu leben.

Faschistische Angriffe und Gewalt kommen in dieser Zeit zu massiver Entfaltung weil sie in ein gesellschaftliches Klima eingebettet sind. Mit der antifaschistischen Aktion wollen wir den Faschisten und den Ideologen des Nazi-Terrors organisiert und offensiv entgegentreten – denn Faschistische Täter haben Namen und Adressen. Der alltägliche Rassismus und Nationalismus bildet den Boden für die Faschos und schürt deren Entstehung. Bürgerliche Politiker die mit Law and Order Politik und Parolen wie „Kinder statt Inder“ (CDU) Stimmung gegen Migrantinnen machen und Medien die durch einseitige Berichterstattung Vorurteile schüren sind die gesellschaftliche Drahtzieher der Mörder auf der Strasse.

Doch die Ursachen reichen noch weit tiefer: Das kapitalistische System das mit seinem Konkurrenzprinzip die Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt und dem der Profit das oberste Ziel ist, ist die Grundlage für das Entstehen von faschistischen Bewegungen. Es schafft die Ursachen, die tausende von Menschen täglich zur Flucht zwingen und in den Tod treiben. Doch die westlichen Staaten schieben Einwanderer in Folter, Tod und Armut ab und unterstützen weiterhin Herrscher in der sogenannten 3. Welt z.B. durch Waffenlieferungen und finanzielle und politische Hilfe.

Sexistische Unterdrückung die versucht Menschen in vorgefertigte Rollenbilder zu pressen, Frauen ausbeutet und Machotum und Homophobie zu einem der zentralen Teile sogenannter Männlichkeit macht, sind ebenso Ergebnisse dieser patriarchalen Gesellschaftsordnung. Und während mit Nationalismus nicht nur weiterhin im Interesse des Systems künstliche Grenzen zwischen Menschen gezogen werden präsentieren sich die herrschenden Parteien ganz modern als die „besseren Deutschen“ und führen wieder direkte Kriege um die Welt mit pseudomoralischem Gelaber endlich auch mal mitregieren zu dürfen. Antifaschisti-

scher Kampf muss daher versuchen alle Grenzen zu sprengen und diese auf lange Sicht abschaffen. Deswegen ist konsequenter Antifaschismus international und antikapitalistisch. Wichtig ist dabei das Angehen gegen Antisemitismus und die Versuche das Übel der Welt auf einige Wenige, am besten noch Unbekannte, abzuwälzen) zu einem zentralen Bestandteil zumachen. Dieses System funktioniert aufgrund der Einbindung aller und ist nicht durch Verschwörungstheorien sondern nur durch die Logik der Verwertbarkeit zu erklären.

Die Herrschaftsverhältnisse unter denen wir täglich leben müssen führen jedoch auch dazu das Mensch diese verinnerlichen – deswegen sollte (obwohl es kein richtiges Leben in dieser falschen Gesellschaft gibt) immer wieder der Versuch unternommen werden das eigene Verhalten – mit dem Bewusstsein des Scheiterns – politisch zu hinterfragen und an den eigenen Träumen zu messen.

Für uns ist radikale Politik keine zeitraubende Beschäftigung neben anderen Sachen sondern die Basis der Lebensentfaltung – das darum kämpfen, nicht wehrloses Opfer zu sein. Das bedeutet sich mit der Welt zu beschäftigen um einzugreifen und zu verändern – sich so die Welt zu eigen zu machen. Die Alternative dazu wäre sich weiter von der Politik der anderen treiben zu lassen, und sei es nur im Kleinen auf der Arbeit oder/und in sozialen Beziehungen. Revolutionär ist dabei dann nicht automatisch dass was nach Revolte und MTV – „Underground“ aussieht sondern nur dass was den Rahmen der Privatheit und individuellen Kleinkriminalität bewusst verlässt und dadurch diese Gesellschaft direkt kritisiert, analysiert und verändern will. Kriterium der Antifa-Arbeit muss die Wirksamkeit in der Praxis sein.

Antifaschistische Aktion ist daher der Versuch eines revolutionärer Angriffs auf den von der Kommerzialisierung unseres Lebens bis zu direkten sexistischen und faschistischen Übergriffen reichenden täglichen Terror der Verhältnisse. Eine freie und solidarische Gesellschaft selbstbestimmter Menschen in einer intakten Umwelt kann nur entstehen wenn das System mit all seinen Folgen angegriffen und gekippt wird.

Talking is over. Action is on !

Organisiert den antifaschistischen Widerstand !

Zeichensetzung wie im Original

Grüne wollen Coca-Cola-Boycott ausweiten. MÜNCHEN. Die Stadtratsfraktion Die Grünen-rosa liste hat beantragt, die Stadt München möge sich an dem Boykott gegen Coca-Cola beteiligen, der inzwischen in vielen Ländern Unterstützung gefunden hat. Der Antrag lautet: „1. Die Landeshauptstadt München erklärt öffentlich, dass sie den inzwischen in vielen Ländern getragenen Boykott gegen Coca-Cola unterstützt. 2. Hierzu fordert die Landeshauptstadt München alle Kantinenpächter der Stadt sowie alle städtischen Gesellschaften auf, die Produkte des Coca-Cola-Konzerns aus dem Sortiment der Kantinen bzw. der Einkäufe zu nehmen. 3. Die Landeshauptstadt München tritt an den Hotel- und Gaststättenverband München heran, informiert über diesen Boykott und schlägt dem Hotel- und Gaststättenverband vor, ebenfalls auf Coca-Cola-Produkte zu verzichten. 4. Der Oberbürgermeister tritt an die OberbürgermeisterInnen aller Austragungsstädte der Fußball-WM 2006 heran und schlägt ein gemeinsames Vorgehen beim Boykott gegen Coca-Cola vor. 5. Die Landeshauptstadt München organisiert gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di Deutschland eine Informationsveranstaltung zur Situation der Gewerkschaften bei Coca-Cola Kolumbien (Coke Colombia bzw. Panamerican Beverages Inc.; Panamco Colombia) während der Fußball-WM 2006.“

Zur Begründung führt Fraktionschef Siegfried Benker nicht nur die zahlreichen Morde an kolumbianischen Gewerkschaftsmitgliedern an, die für Coca-Cola-Subunternehmen gearbeitet haben, sondern auch die sich immer weiter verschlechternde soziale Situation der bei Coca-Cola Kolumbien oder Subunternehmern Beschäftigten. Deren Durchschnittseinkommen ist drastisch gesunken und immer weniger Arbeiter haben eine Festanstellung. Das Eintreten der Gewerkschaften für gerechtere soziale Bedingungen wird mit nackter Gewalt beantwortet.

Siegfried Benker: „Coca-Cola ist einer der Hauptsponsoren der Fußball-WM 2006 in Deutschland. München als einer der 12 Austragungsorte dieser WM könnte federführend sein bei dem Versuch, die gewerkschaftliche Situation bei den Coca-Cola-Abfüllbetrieben in Kolumbien bekannt zu machen und durch einen entsprechenden Boykott Druck auf Coca-Cola auszuüben. Damit würde München sich einer Bewegung anschließen, der schon zahlreiche Institutionen in vielen Ländern angehören, unter anderem auch die Stadt Turin.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de
Link zur Kampagne: *www.labour-net.de/internationales/co/cocacola*

Rettet die Frauenhäuser: BOCHUM. Die CDU-FDP-Landesregierung hat drastische Kürzungen von 30% für die Frauenhäuser angekündigt und auch schon umgesetzt. Dazu die Pressesprecherin der Linkspartei.PDS Bochum Anna-Lena Orłowski: „Wir halten das für ein frauen-, ein menschenverachtendes Signal und unterstützen die Unterschriftenkampagne ‚Rettet die Frauenhäuser‘. Während Herr Rüttgers noch letzte Woche rassistische Stimmungsmache betrieb, indem er einen deutschen Islam forderte und darauf hinwies, dass Menschen, die Frauen- und Menschenrechte nicht achten, in Deutschland nichts zu suchen haben, greift er mit seiner Landesregierung die Würde und das Recht auf Unversehrtheit von Frauen und Kindern an. Wir fordern Herrn Rüttgers auf: Nehmen Sie die Kürzungen zurück oder verlassen Sie dieses Land!“

www.bo-alternativ.de

Privatisierungsfolgen: BRAUNSCHWEIG. Vor gut 10 Jahren wurde zwischen der Stadt Braunschweig und den Braunschweigischen Kohlen Bergwerken (BKB) jener unselige Vertrag über die Verbrennung des Braunschweiger Restmülls beschlossen. Dieser Vertrag sorgte für einen enormen Anstieg der Gebühren. Dies vor allem deshalb, weil die Stadt sich verpflichtet hatte, mindestens 136.000 t Müll jährlich anzuliefern. Doch da die Müllmenge gesunken ist, stieg der Preis. Nun ist ein Kompromiss gefunden worden, Müllgebühren werden zurückgezahlt und der Vertrag soll neu ausgeschrieben werden. Bei der Teilprivatisierung der ehemaligen Stadtreinigung wurde ein Vertrag mit Alba geschlossen. Und darin ist wiederum eine Mindestanliefermenge vorgesehen. Dieses Mal 86.000 t. Da auch die nicht mehr erreicht werden, steigt wieder der Preis. Nach der Vollprivatisierung kam es dann zu einer „Anpassung der Leistungsverträge“ – sprich: Alba erhöhte die Preise und zwar um insgesamt 495.000 Euro. Ob dieser Preisanstieg nun reale Ursachen hat oder nur eine Profitsteigerung von Alba darstellt, blieb unklar. Eine entsprechende Nachfrage der Linkspartei in der Ratsdebatte zu diesem Thema blieb unbeantwortet, was als Indiz für die Richtigkeit der Profitsteigerung gewertet werden kann. Die Linkspartei war gegen die Privatisierung und hat insofern auch den Gebührenanstieg als dessen mögliche Folge abgelehnt. (su, Braunschweig konkret)

www.pds-braunschweig.de

Kommunale Investitionstätigkeit: BERLIN. Neue Auswertungen der Statistik über öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) er-

möglichen es nun, die Investitionstätigkeit aller Einrichtungen und Unternehmen zu beobachten, die zu mehr als 50 Prozent in kommunaler Hand sind. Deren Investitionen werden insbesondere durch privatrechtlich organisierte Unternehmen (AG, GmbH) getätigt, danach folgen die Eigenbetriebe als öffentlich-rechtliche Organisationsform. Hauptträger der Investitionen sind die Branchen Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, Wohnungsverwaltung, Krankenhauswesen sowie Abwasserbeseitigung.

Von 1992 bis 2004 sind die kommunalen Ausgaben für Sachinvestitionen in den Kämmereihaushalten (preisbereinigt) im Trend stark zurückgegangen. In den alten Bundesländern betrug der Rückgang 40 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar mehr als die Hälfte. Auch für das Jahr 2005 zeichnet sich ein Rückgang der Investitionstätigkeit ab. Inzwischen ist das Investitionsvolumen so niedrig, dass es von den Abschreibungen auf das Sachvermögen übertroffen wird, das heißt die Kommunen verlieren an Bausubstanz. Auch im Vergleich der EU 15-Staaten liegt die Höhe der Investitionen des Staates pro Einwohner am unteren Ende der Skala. Schließlich lassen sich alle Investitionen des kommunalen Bereichs zusammenführen. 51 Prozent des Investitionsvolumens waren im Jahre 2002 in den Kämmereihaushalten zu verzeichnen, auf kommunale Unternehmen entfielen 47 Prozent, der Rest wurde von Zweckverbänden mit kameraler Buchführung erbracht.

www.difu.de

Kommunen drohen mit Privatisierung: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vor einer weiteren Eskalation des Arbeitskampfes gewarnt. Der Streik werde den Druck auf die Städte und Gemeinden deutlich erhöhen, noch mehr kommunale Aufgaben zu privatisieren. Damit säge Verdi den Ast ab, auf dem sie selbst sitze. Die Kommunen hätten im Oktober vergangenen Jahres einen Tarifvertrag mit Verdi vereinbart, der es für die Städte und Gemeinde weniger attraktiv machen sollte, kommunale Dienstleistungen zu privatisieren. Der Hauptgeschäftsführer erinnerte daran, dass die Haushaltslage der Kommunen mit über 90 Milliarden Euro Schulden dramatisch sei. Es gebe nichts zu verteilen. Wenn der Wohlstand erhalten werden solle, müssten alle länger arbeiten. Das gelte für die Wirtschaft genauso wie für den öffentlichen Dienst.

www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

Was tun gegen Konzernverlagerungen?

Der Fall AEG

Das Nürnberger AEG-Hausgerätekwerk (im Besitz des schwedischen Konzerns Electrolux) wird trotz verbissener Gegenwehr der Belegschaft – unter anderem durch einen mehrwöchigen Streik, begonnen am 20. Januar 2006 – geschlossen. 1.700 Beschäftigte verlieren damit bis Ende 2007 schrittweise ihren Job. Wirtschaftlicher Grund für die Schließung ist nicht etwa, dass Electrolux keine Gewinne in seinem Nürnberger Werk gemacht hätte. Der Grund ist vielmehr, dass diese Gewinne dem Konzern nicht hoch genug sind – unter anderem, weil AEG bzw. Electrolux selbst einen Preiskampf mit anderen, konkurrierenden Konzernen in diesem Markt vom Zaun gebrochen hat. Die Produktion von Waschmaschinen und von Spülmaschinen soll spätestens 2007 in Polen stattfinden, wo ein neues Werk schon im Aufbau war, bevor Electrolux seine Schließungsabsicht für Nürnberg verkündete. Der Fall AEG/Electrolux ist insofern beispielhaft für viele Konflikte von Belegschaften mit Konzernen, die im Zuge von Globalisierung, Shareholder Value und „Geiz-ist-Geil“-Strategien in Billiglohnmärkte abwandern.

Dass andere Unternehmensstrategien möglich sind, hat z.B. Miele deutlich gemacht: Die Firma fertigt weiterhin weitgehend in Deutschland, führt keine Rabattschlachten mit anderen Firmen, beliefert stattdessen ein höherpreisiges Marktsegment und hatte während des AEG-Konflikts sich erstaunlicherweise auch mit direkter Kritik an Electrolux eingemischt. Der schwedische Konzern ernte selbstgemachte Fehler und habe sich den Ärger und die Kosten selbst zuzuschreiben, hieß es von Miele-Managern öffentlich.

Neue Taktik: Mit „Sozialtarifvertrag“ gegen Werksschließungen

Doch zurück zu AEG. Dass die IG Metall hier überhaupt mit einem legalen Streik gegen eine geplante Werkschließung kämpfte, ist relativ neu und wurde auch in der Presse ausgiebig erörtert. Hintergrund dafür sind ein paar einfache Tatsachen. Nach den Dogmen der neoliberalen bzw. neoklassischen ökonomischen Lehrmeinung sind Betriebs-schließungen normaler Bestandteil von Marktprozessen – erfolgreiche Unternehmen setzen sich durch, weniger erfolgreiche werden vom Markt verdrängt. Bleibende gesellschaftliche Schäden infolge solcher Schließungen für ganze Regionen kommen in diesem Dogmengebäude nicht vor, „der Markt

richtet's“ irgendwie und irgendwann, so diese Theorien.

In der Wirklichkeit wissen alle, dass solche Prozesse – gerade auch in Zeiten hoher Dauerarbeitslosigkeit – so eben genau nicht ablaufen. Dauerhafte Armut und Verödung ganzer Regionen, bleibende Arbeitslosigkeit für viele, wenn nicht die meisten der bei solchen Werksschließungen Entlassenen, vor allem, wenn sie über 40 Jahre alt sind – das alles ist schon lange hierzulande Lebenserfahrung von Millionen.

In der Vergangenheit gab es Zeiten, da versuchten die Beschäftigten, Gewerkschaften und Politik, bei Schließungen durch große Konzerne, die ganze Regionen zurückzuwerfen drohten, diese Konzerne wenigstens zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu zwingen. Das ist inzwischen Geschichte – vor allem, weil die politische Rückendeckung für solche Forderungen weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden ist.

Also sind die Gewerkschaften und die Beschäftigten auf sich selbst zurückgeworfen. Aus diesem Problem hat die IG Metall – spektakulär unter anderem bei Infineon in München, weniger spektakulär, aber mit ähnlichen Ergebnissen in anderen Städten und Regionen, z.B. kürzlich in Berlin bei der Schließung eines Bildröhrenwerks des koreanischen Samsung-Konzerns und eines Videogerätekwerks der japanischen JVC-Gruppe – eine neue Taktik entwickelt, die zwar von den Unternehmen und ihren Verbänden bekämpft wird, aber auch vor Gerichten weitgehend akzeptiert ist. Diese besteht darin, bei Bekanntgabe einer Schließungsabsicht einen Sozialtarifvertrag über Qualifizierung, Weiterbildung und ähnliche Übergangsmaßnahmen für die Beschäftigten des betroffenen Werks zu fordern. Gefordert wird dabei in der Regel eine zwei bis dreijährige Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft bei voller Lohnfortzahlung vor realem Beginn der Arbeitslosigkeit, plus für diejenigen, die ausscheiden, eine hohe Abfindung (in der Regel wird dafür das dreifache Monatsbrutto mal der Zahl der Beschäfti-

gungsjahre in der jeweiligen Firma verlangt). Bei solchen Forderungen kommen schnell erkleckliche Summen zustande.

Implizit damit verbunden ist die Hoffnung, durch diese „Verteuerung“ möglicherweise den ganzen Schließungsplan zum Kippen zu bringen. In Berlin ist das z.B. der Belegschaft des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerks gelungen. Als der Konzernspitze klar wurde, dass sie sich bei den Kosten der Schließung erheblich verkalkuliert hatte, zog sie vor ein paar Monaten den ganzen Plan zurück. Das gelingt aber nur selten. Unter dem Strich bleibt in der Regel nur eine Verteuerung – und damit generell eine Verlangsamung solcher Verlagerungsprozesse.

Für die Kampfführung wichtig ist aber: Da ein solcher „Sozialtarifvertrag“ erstmals für die jeweilige Firma verlangt wird, gilt auch keine Friedenspflicht. Wenn die Firma also keine ernsthaften Angebote macht, kann die IG Metall bei Bedarf schnell das Scheitern der Verhandlungen verkünden und ganz legal mit Urabstimmung und Streik beginnen. Da die „Sozialschädlichkeit“ einer Werkschließung nicht nur im Alltagsbewusstsein der Menschen, sondern auch bei Arbeitsgerichten anerkannt ist, akzeptieren auch die Arbeitsgerichte diese neue Taktik der IG Metall bisher durchweg. Klagen dagegen scheiterten bisher.

Der Abschluss bei AEG

Auf der anderen Seite ist die Bilanz für die IG Metall bzw. die Belegschaften oft: Kampf um Arbeitsplätze verloren, aber materiell viel Geld für die Betroffenen gewonnen. So auch jetzt bei der AEG. 130 Millionen Euro muss der Electrolux-Konzern nach dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen auf den Tisch legen für den Sozialtarifvertrag. Alle anderen Zahlen – in der Presse ist z.T. von 244 Mio. Euro die Rede, z.T. von 150 Millionen Euro – kann man getrost der Abteilung „Agitation und Falschpropaganda“ zuschreiben – oder feiner gesagt: es handelt sich dabei um Teil-





Wirklichkeiten für ausgewähltes Publikum, z.B. Banken, Aktionäre oder auch für die den Konflikt aus der Ferne beobachtende Öffentlichkeit. Da werden dann je nach Bedarf noch die Lohnkosten während der gesetzlichen und tariflichen Kündigungszeiten draufgeschlagen, die Kosten für den Abtransport der Maschinen usw. usf.

130 Millionen also sind die nackten Sozialtarifkosten. Das sind bei 1.700 Beschäftigten ca. 80.000 pro Person. Bei Infineon lag dieser Betrag höher. Ziemlich genau den gleichen Pro-Kopf-Betrag wie jetzt bei der AEG in Nürnberg hat die IG Metall in Berlin kürzlich bei Samsung und JVC erreicht. Es kann also gut sein, dass sich hier eine neue (inoffizielle) Kosten„marke“ für Werkschließungen bildet – hoffentlich abschreckend hoch für andere, potentielle Werkschließler.

Diese 130 Millionen teilen sich – auch hier bei AEG ähnlich wie in anderen Fällen – auf drei große Bereiche auf. Erstens die Abfindungen. Hier gilt bei AEG der Faktor 1,8, bei Infineon galt 1,7, bei Samsung in Berlin waren es 1,0. Heißt: Abfindungen gibt's in Höhe von Monatsbrutto mal Beschäftigungsjahre mal 1,8. Wer also 10 Jahre bei der AEG gearbeitet hat, bekommt 18 Monatsbrutto-Gehälter als Abfindung. Zweitens die Ausstattung der neuen „Transfergesellschaft“. Faktisch ist der Zweck solcher Gesellschaften, die soziale Absicherung insbesondere für ältere Entlassene zu verbessern, bevor der Bezug von Arbeitslosengeld überhaupt beginnt. Bei AEG ist diese „Transfergesellschaft“ nur schlecht ausgestattet – sie soll 12 Monate dauern, und die früheren AEG-Beschäftigten sollen nur 60 bzw. 67% vom alten Lohn bekommen.

Letzte Meldung: Bei der Urabstimmung wurde das Ergebnis mit 81 Prozent angenommen.

Faktisch bedeutet das im Fall AEG, dass hier die Agentur für Arbeit die neue Firma weitgehend bezahlt. Das Arbeitslosenrecht kennt dafür die „Strukturkurzarbeit Null“: Die Entlassenen kommen in eine neue Firma, die Qualifizierungsmaßnahmen anbietet, die Agentur für Arbeit zahlt 12 Monate lang „Strukturkurzarbeitergeld“ in Höhe des Arbeitslosengelds, bevor im schlechtesten Fall der tatsächliche Arbeitslosengeldbezug beginnt. Bei Samsung und in anderen Fällen musste der entlassende Konzern die neue Firma erheblich besser ausstatten – durch Verlängerung des Strukturkurzarbeitergelds über die von der Agentur für Arbeit gezahlten 12 Monate hinaus, z.B. auf 18 Monate oder länger, und durch Anhebung des „Kurzarbeitergelds“ inkl. Sozialversicherungsbeiträge auf 80% des alten Lohns. Auf beides hat man bei der AEG verzichtet. Stattdessen sind die Abfindungen hoch – Faktor 1,8, wie schon gesagt. Auch gut sind zudem die Sonderregelungen für ältere Beschäftigte, die auf die Rente zugehen. Hier gibt es z.T. Übergangsregelungen bis zum Renteneintritt ab dem 53. Lebensjahr; erhebliche Ausgleichszahlungen für Rentenverluste usw. Vierte Komponente des AEG-Abkommens sind Tarifvereinbarungen für vier andere AEG-Werke, die auch von der Großschließung bedroht sind. Hier hat sich Electrolux verpflichtet, wieder in den IG Metall-Tarif zurück zu kehren und zudem die Beschäftigung in diesen Werken bis 2009 zu garantieren.

Die eben genannten Feinheiten der „Aufteilung“ der Gesamtsumme für den Sozialtarifvertrag – in Abfindung, Strukturkurzarbeit und andere Regelungen für spezielle Beschäftigtengruppen – überlassen die Firmen meist, wenn der Abschluss erst einmal da ist, dem Betriebsrat bzw. der IG Metall. Für den Konzern wichtig ist nur die Gesamtsumme – bei AEG 130 Mio. Euro. Der

Betriebsrat entscheidet dann weitgehend autonom und fallspezifisch – je nachdem, wie alt oder jung die Belegschaft ist, wie die Arbeitsmarktaussichten in der Region sind, wie hoch der Anteil der Beschäftigten mit Familie und Kindern ist (für die gibt's evtl. noch Sockelbeträge bei der Abfindung, damit z.B. junge Familien mit Kindern nicht wegen kurzer Beschäftigungsdauer tief abstürzen usw.).

Wobei auch zu beachten ist, wie viel von der Abfindung reell bei den Beschäftigten verbleibt. Denn auch der Finanzminister greift bei solchen „Einmalzahlungen“ inzwischen kräftig zu. Eine der ersten Maßnahmen der großen Koalition war die Abschaffung der Steuerfreibeträge für Abfindungen. Jetzt wird nur noch „gefünfelt“, d.h. das zu versteuernde Zusatzeinkommen aus der Einmalzahlungen auf fünf Jahre steuerlich gestreckt, um die Progression nicht gar zu steil zu machen. Da bleibt viel Geld beim Finanzminister, weniger bei den Betroffenen.

Politik gegen Konzernstrategien – eine Luftnummer

All das und noch viel mehr ist nun Thema solcher Streikkämpfe und Verhandlungsprozesse bei Werkschließungen durch große Konzerne. Themen, die die IG Metall und die Belegschaften lösen müssen, obwohl sie eigentlich Aufgabe der Politik wären. Politik und Parteien aber haben unter dem Druck des Neoliberalismus längst ihre Kapitulation vor Aktionären und Konzerneigümern erklärt und lassen die Konzerne machen, was sie wollen. Soziale Verantwortung des Eigentums, Regeln auch für Konzerne, all das ist heute Schnee von gestern – um nicht zu sagen leeres Gerede.

Da bleibt den Betroffenen solcher Schließungen eben nichts als der Streik, die Werksbesetzung und andere, noch härtere Kampfformen. Schön ist das nicht, aber so sind nun mal die Zeiten. Für die Betroffenen ist deshalb so ein Sozialtarifvertrag immer nur ein schwacher Trost – so hoch die Abfindungssummen bei der AEG auf den ersten Blick auch erscheinen mögen. Denn auch hohe Abfindungen sind schnell aufgebraucht – nach zwei, drei Jahren ist alles vorbei. Dann spätestens beginnen die bitteren Zeiten – ALG II-Bezug, oft bis Renteneintritt. All das erleben und erleiden jetzt auch die Beschäftigten der AEG in Nürnberg. Wenn große Konzerne abziehen, hinterlassen sie oft dauerhafte soziale Wüsten. Dieses Problem hat die Politik bis heute nicht gelöst – von der praktischen Leistungsfähigkeit ökonomischer Theorien in solchen Fällen ganz zu schweigen. (rül)

Quellen: IG Metall-Pressemitteilung vom 28.02.06; Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung, beide 28.02.06, Neues Deutschland, Die Welt, junge welt, jeweils 01.03.06

Bundesweite Kampagne angekündigt:

Linkspartei.PDS für 8 Euro Mindestlohn

6.3.06. Eine bundesweite Kampagne zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes will die Linkspartei. PDS am Vorabend des 1. Mai auf ihrem Parteitag in Halle starten. Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Ein Mindestlohn muss die Existenz sichern und zum Leben ausreichen. Deshalb sagen wir: 8 Euro. Das entspricht einem Einkommen oberhalb der Pfändungsfreigrenze, die derzeit bei monatlich 990 Euro liegt. Mit unserer Kampagne wollen wir die Forderungen der Gewerkschaften nach einem gesetzlichen Mindestlohn unterstützen und den politischen Druck auf die Bundesregierung verstärken. Das Thema Mindestlohn ist zu wichtig, als dass es zum Spielball zwischen SPD und CDU wird. Vor den Bundestagswahlen war die Linkspartei.PDS die einzige, die einen gesetzlichen Mindestlohn forderte. Für die wahlkämpfenden Merkel-Männer war es damals noch Teufelszeug. Nicht

zuletzt dem Wahlerfolg der Linkspartei und der Absage an schwarz-gelb ist es zu verdanken, dass jetzt auch die Bundesregierung über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nachdenkt. Wir freuen uns, wenn SPD und CDU unseren Vorschlägen folgen, aber noch ist nichts in trockenen Tüchern. Unsere Bundestagsfraktion hat bereits in den ersten 100 Tagen einen Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in den Bundestag eingebracht. Nach einer ersten Debatte am 17. Februar 2006 ist der Antrag in den Ausschuss für Arbeit und soziale Sicherung überwiesen worden. Eine endgültige Entscheidung des Bundestages steht noch aus. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wäre die politische Umsetzung der Erkenntnis, dass die Löhne nicht über blindes Marktwirken ins Bodenlose gesenkt werden können – aus wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen.

Europaabgeordnete André Brie, Gabi Zimmer zur EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Europaparlament: Wettbewerb Non-plus-Ultra

16.2.06. Die Linksfraktion hat geschlossen gegen die von Konservativen und Sozialdemokraten vorgelegte Kompromissfassung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie gestimmt.

Der öffentliche Druck von Sozialverbänden und -organisationen, Gewerkschaften und linken Parteien in der zurückliegenden Auseinandersetzung hat entscheidend zu Korrekturen und Entschärfungen der ursprünglichen, nach dem damaligen EU-Kommissar benannten Bolkestein-Richtlinie geführt.

Der Kommissionsentwurf hat so wesentliche Verbesserungen erfahren. Zu ihnen hat die Linkspartei aktiv beigetragen. Die Gebhardt-Richtlinie stellt zweifelsohne ein besseres Dokument dar als die Bolkestein-Richtlinie. Gegenüber der bisherigen Rechtslage allerdings ist auch sie eine bedrohliche Verschlechterung und öffnet dem Abbau von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Rechtssicherheit die Tür.

Unter der Überschrift „Freier Dienstleistungsverkehr“ wird in nicht geringem Maße das Herkunftslandprinzip der Kommission aufrecht erhalten. Nur zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit und der Umwelt können Staaten auf der Einhaltung nationaler Bestimmungen bestehen. Ansonsten gelten die Gesetze jenes Landes, aus dem der Dienstleister kommt. Das ist der Startschuss zu einem Run auf die Gerichte und zu Sozialdumping.

Besonders folgeschwer ist zudem die

Aufnahme weiterer Teile der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“, von Teilen des Gesundheitswesens sowie der Leih- und Zeitarbeit in die Richtlinie.

Der wohl schwerwiegendste europäische Rechtsakt soll nun mit einem zutiefst widersprüchlichen Gesetzeswerk gestemmt werden. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen in der Union werden alsbald gleichermaßen dessen Last schultern müssen. Die Richtlinie in ihrer jetzigen Form birgt eine Reihe unvereinbarer Regelungen, die keine Rechtssicherheit geben. Besonders fatal wird sich dies etwa auf Dienstleistungen im öffentlichen Nahverkehr sowie der Abfall- und Wasserwirtschaft auswirken, über deren Handhabung die Richtlinie widersprüchliche Bestimmungen aufgenommen hat. Ohnehin werden nur diejenigen die Bestimmungen der Richtlinie beherrschen können, die alle 25 verschiedenen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten beherrschen.

Nach dem Nein zur Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hätten die Bürgerinnen und Bürger der Union mit der Idee eines sozialen Europas erneut für eine europäische Integration gewonnen werden können. Mit der verabschiedeten Dienstleistungsrichtlinie, die den Wettbewerb zum Non-plus-Ultra in Europa erhebt, und in der Sozialpolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz lediglich noch eine Reparaturfunktion haben, wird diese Chance vertan.

BDA will umfangreiche Arbeitsbefristungsmöglichkeiten erhalten. FAZ, Mo., 27. 02. Die Regierungspläne für eine Verlängerung der Probezeit von bisher sechs auf künftig 24 Monate aber dafür die ohne sachlichen Grund befristeten Arbeitsverträge abzuschaffen, stößt bei der BDA auf Ablehnung. Der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber regt statt dessen an, dass den Arbeitgebern künftig beide Möglichkeiten wahlweise – aber nicht nebeneinander – zur Verfügung stehen solle. Die Tarifpartner könnten dann wählen, ob die Unternehmen eine längere Probezeit oder statt dessen (wie bisher) eine befristete Beschäftigung vereinbaren dürfen. Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil die geltende Regelung verworfen, dass über 52-Jährige ohne Begründung befristet eingestellt werden können. Die BDA schlägt nun vor, dass für die arbeitsvertragliche Befristung zusätzlich zum Kriterium Alter noch die Bedingung, dass die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sein müsse.

BDA-Präsident warnt Politik vor Einführung von Mindestlöhnen. FAZ, Di., 28.02. D. Hundt, Präsident des Bundesverbandes der Arbeitgeber, warnte, jeder Mindestlohn oberhalb des Arbeitslosengeld-II-Niveaus würde massiv Arbeitsplätze vernichten. „Am Ende sind die angeblichen Gewinner – die Beschäftigten in einfachen Tätigkeiten – in Wirklichkeit die großen Verlierer.“ Gefährdet wären vor allem Jobs in der Gastronomie, im Handel, bei den Friseuren sowie im Wach- und Sicherheitsgewerbe. Hier lägen die unteren Tariflöhne zum Teil sogar deutlich unter 5 Euro die Stunde. Hingegen sei das Arbeitslosengeld II eines Singles mit einem Brutto-Stundenlohn zwischen 4,88 und 6,22 Euro vergleichbar, der Leistungsanspruch einer Alleinerziehenden entspreche einem Stundenlohn zwischen 7,12 Euro und 9,54 Euro und das Arbeitslosengeld II eines Verheirateten mit zwei Kindern einem Stundenlohn von 9,30 Euro bis 12,58 Euro. Hundt sprach sich auch gegen branchenbezogene Mindestlöhne aus, da diese einen faktischen Tarifzwang bedeuteten und in ihrer Wirkung „sogar noch fataler als pauschale Mindestlöhne“ wären.

Bundesverband der Selbstständigen fordert Änderung des Insolvenzrechts. Fr, Sa., 4.3. 17000 Einzelunternehmen, Freiberufler und Kleinbetriebe gingen 2005 Pleite. Das sind 3,3 % mehr als im Jahr zuvor. Zudem fielen ehemalige Selbstständige oft unter Verbraucherinsolvenzen, die um 40 % zunahmen. Der BDS fordert, die 100-prozentige Pfändung abzuschaffen, stattdessen solle der Schuldner 60 % des Erwirtschafteten behalten dürfen. *Presseauswertung: rst*

Streit zwischen Linkspartei.PDS und WASG / WASG

Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eskaliert in Berlin der Streit zwischen Linkspartei.PDS und der Berliner WASG über die Kandidatur zum Abgeordnetenhaus. In Berlin wird – zeitgleich mit Mecklenburg-Vorpommern, wo es auch zwischen dem kleinen WASG-Landesverband und der Linkspartei.PDS heftig kracht – am 26. September das neue Abgeordnetenhaus gewählt. Die derzeitigen Hochrechnungen sagen der SPD einen sicheren Sieg voraus. Die Partei liegt in den Hochrechnungen bei 35%, deutlich über ihrem Ergebnis von 2001. Die CDU – zerstritten und öffentlich als „alter Westberliner Klüngelclub“ verurteilt – liegt abgeschlagen bei 25 Prozent plus X. PDS und Grüne würden derzeit 13 bis 14 Prozent erhalten, der Rest geht an die FDP und Rechtsaußen-Parteien. Für die Grünen wäre ein solches Ergebnis ein geringer Zuwachs gegenüber 2001, für die PDS, die 2001 mit Gregor Gysi 21 Prozent erhielt, der Verlust eines Drittels ihrer Stimmen und Mandate.

Die Berliner SPD kann sich deshalb entspannt zurücklehnen. Offiziell verbreitet sie, sie würde gerne mit der PDS weiterregieren, könne sich aber auch ein Bündnis mit den Grünen vorstellen – was bei letzteren erkennbar Hoffnungen weckt, wieder in eine Landesregierung zu kommen.

Die Linkspartei.PDS hat vor wenigen Tagen Wirtschaftsminister Harald Wolf als Spitzenkandidat ausgerufen und als Wahlziel „17 Prozent plus X“ verkündet. Das würde zusammen mit der SPD die absolute Mehrheit für eine Fortsetzung von Rot-Rot bedeuten. Demoskopen schließen aber nicht aus, dass Berlin demnächst von einer Dreierkoalition von SPD, Grünen und PDS regiert wird.

Die Berliner WASG agiert in dieser Situation ausgesprochen PDS-feindlich. In ihrem Landesvorstand hocken u.a. Vertreter der trotzkistischen SAV, die aus ihrer Anti-PDS-Haltung noch nie einen Hehl gemacht haben, und eine Reihe ehemals aufstrebender PDS-Funktionäre. Solange diese Ehemaligen in der PDS aktiv die Laufbahnleiter nach oben kletterten, waren sie, wenn es

um Posten, Geld und Mandate ging, in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich. Kaum war ihre PDS-Parteilaufbahn beendet und das ersehnte Bundestags- oder Abgeordnetenhausmandat außer Reichweite, entdeckten sie die „neoliberalen Verseuchung“ der PDS und suchten im Kampf gegen sie Bündnisse bis hin zur Gewerkschaft der Polizei, mit der sie gemeinsam den rot-roten Senat per Volksbegehren stürzen wollten – wobei die GdP nie verhehlte, dass ihr Hauptziel schlicht mehr Planstellen für die Polizei war.

Nun streben diese Ex-PDSler mittels WASG erneut ins Abgeordnetenhaus. Ihr verbissenes Beharren auf einer „WASG-Eigenkandidatur“ hat einen einfachen Grund: Diese Leute wissen, dass sie bei einer gemeinsamen Kandidatur keine Chance hätten, aufgestellt zu werden.

Objektiv nützt allein schon das Gerede um eine WASG-Eigenkandidatur nur den mit der Linkspartei.PDS konkurrierenden Parteien, in erster Linie der SPD, aber auch den Grünen. Nicht wenige fragen sich deshalb, ob die nach au-

Für die mit der WASG verabredeten, später gestoppten Gespräche hatte die Linkspartei.PDS Berlin wie vereinbart Thesen zu sieben Feldern Berliner Politik ausgearbeitet, darunter die hier dokumentierten zu „Landesunternehmen“ (Klaus Lederer). Die weiteren Themen: Haushaltsstrategien, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Öffentlicher Sektor, Kita – Bildung – Hochschule, Berliner Bankengesellschaft. Alle „Berliner Thesen“ der Linkspartei.PDS finden sich unter: www.pds-berlin.de/partei/deba/2005/thesen.htm Zum Zeitpunkt der Veröffentlichungen dieser Thesen im Dezember 2005 lagen seitens der WASG entgegen den Absprachen entsprechende Ausarbeitungen nicht vor. Inzwischen jedoch finden sich Thesen des WASG-Landesvorstandes unter: www.wasg-berlin.de/index.php?id=67

Thesepapier der Berliner Linkspartei.PDS zu den Gesprächen mit der Berliner WASG

10 Thesen zu: Öffentliche Landesunternehmen & Privatisierung

1. Öffentliche Unternehmen sind kein Selbstzweck

Öffentliche Unternehmen sind kein Selbstzweck. Sie dienen der Sicherung von grundlegenden Voraussetzungen eines sozialen und solidarischen Zusammenlebens in urbanen Räumen. Ihre Gründung, Aufrechterhaltung und Sicherung dient der Erfüllung von Aufgaben, die nicht durch eine naturgesetzliche Teilung zwischen den Sphären „des Marktes“ und „des Staates“ – „ord-

nungspolitisch“ – vorgegeben sind, sondern stadtpolitisch formuliert werden müssen.

2. Die Neunziger Jahre: Plünderung und Fehlsteuerung

Die Unternehmen der Stadt Berlin waren in den Neunziger Jahren haushaltspolitische Spielmasse (Kapitalentnahmen, Verkäufe) und dienten einer großwahnsinnigen Stadtpolitik von Schwarz-Rot. Kurzfristiges und unverantwortliches Denken im Fahrwasser von Kommerzialisierungs- und Privatisierungsideologien hatte viele Unternehmen an den Rand des Ruins gebracht. Untersteuerung und Fehlsteuerung, Managerialisierung und Verflechtung, waghalsige und aufgabenferne Expansion und Risikoinvestments brachten die öffentlichen Unternehmen in Verruf und in Skandalzeilen gebracht. Dies führte dazu, dass ihre Pri-

vatisierung kaum auf nennenswerten Widerstand und Widerspruch stieß: Denn was sollte schlimmer sein, als diese öffentlichen Unternehmen? Demgegenüber schien die Blase der so genannten New Economy PrivatisierungsfetischistInnen Recht zu geben: Erfolg ließ sich in privater Trägerschaft offenbar besser organisieren.

3. Die Aufgabe heißt heute: Aufräumen

Die New-Economy-Blase platzte, Liberalisierungsideologien schillern mittlerweile weniger bunt, die Privatisierungspolitik (Bsp. Wasser, Gas) in Berlin hat mit sichtbaren Folgen den Reiz der Verheißungen eingebüßt. Doch das allein lässt die Politik der Neunziger Jahre nicht ungeschehen machen. Im öffentlichen Eigentum Berlins sind die „Problemfälle“ verblieben: Unternehmen in ökonomischer Schieflage, die auf dauernde Subventionen angewiesen sind. Die Aufgabe heißt: Aufräumen. Die Herstellung von Transparenz (Personalpolitik, Bezahlung der Manager, Preispolitik und ökonomische Lage, Beteiligungspolitik pp.), demokratischer und ökonomischer Kontrolle (Parlament, Regierung, Rechnungshof, Wirtschaftsprüfer) und die Beschreibung eines klaren Infrastrukturauftrags waren erste Schritte zur Sicherung des öffentlichen Sektors in Berlin. Dies ist eine ständige Auseinandersetzung, die konkret geführt werden muss – ohne die großen Probleme zu

-Landesvorstand will Konkurrenzkandidatur

ßen „links“ auftretende Berliner WASG nicht insgeheim ein „U-Boot“ der SPD oder der Grünen oder beider Parteien gegen die PDS ist. Die Verbindungen so mancher WASGler zu beiden Parteien sind jedenfalls auffällig. Der sich selbst als „links“ einstufende „Donnerstagskreis“ der Berliner SPD z.B. mischt bei der WASG eifrig mit.

Auf der anderen Seite war die Linkspartei.PDS in den letzten Jahren auch nicht direkt dialogorientiert, geschweige denn offen gegenüber linker und gewerkschaftlicher Kritik. Nach außen erweckte sie eher den Eindruck einer verschworenen Versorgungsgemeinschaft von Berufspolitikern, die beruflich wenig Chancen außerhalb der Politik haben, entsprechend verbissen um Mandate und Posten kämpfen und aus der lichten Höhe solcher Mandate angeblich genau wissen, was anderen gut tut. Entsprechend ging es in der Partei zu. Ein Parteileben außerhalb des engeren Regierungsgeschäfts findet auch heute kaum statt. Viele Abgeordnete sind in irgendwelchen Koalitionsausschüssen verschwunden und tauchen sonst kaum

ignorieren, die der öffentliche Sektors Berlin und die Stadt selbst haben.

4. Ökonomische Stabilität: Grundbedingung öffentlichen Wirtschaftens

Gute öffentliche Unternehmen sind solche, die finanziell stabil sind. Die qualitativ gute, finanziell erschwingliche Erfüllung ihrer öffentlichen Infrastrukturaufgaben ist ihr Zweck. Sonstige (mittelbare) stadtpolitische Ziele (Beschäftigungspolitik, Auftragsvergabe, soziale und ökologische Ziele) müssen und können nur im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unternehmen erfüllt werden. Öffentliche Unternehmen sind kein Allheilmittel städtischer Probleme. Sie dürfen weder zu Schattenhaushalten verkommen noch zur Gebührengel der Menschen in der Stadt. Fehlsteuerungen rächen sich. Deshalb ist in öffentlichen Unternehmen – neben öffentlicher Kontrolle und Einflussssicherung – auch „Ökonomie“ erforderlich. Allerdings eine spezifische Form ökonomischen Denkens, die mit wirtschaftsliberalem Denken wenig gemein hat: wie kann mit möglichst wenig Einsatz ein möglichst großer ökonomischer (stadtwirtschaftlicher) Erfolg erzielt werden? Das unterscheidet gute öffentliche Unternehmen von solchen, in denen ein möglichst geringer Kapitaleinsatz in welcher Branche auch immer zu einer möglichst hohen Rendite führen muss. Lässt sich ein

auf. – Inzwischen versucht die Partei, diese Abkapselung abzubauen und den Dialog mit anderen Linken, besonders mit den Gewerkschaften, zu reorganisieren. Auch der neugewählte Landesvorsitzende Klaus Lederer versucht, die Partei offener und bündnisfähiger zu machen. Das hier dokumentierte Papier zu Privatisierungen und öffentlichem (Landes)-Eigentum in Berlin ist ein Beispiel dafür.

Von der Berliner WASG liegt dagegen kaum Konzeptionelles vor, nur (z.T. berechnete) Detailkritiken an Einzelmaßnahmen des rot-roten Senats in den letzten Jahren und allgemeine Tiraden gegen „Neoliberalismus“. Der mühsam vereinbarte Dialog von Linkspartei und WASG über Berliner Sachthemen scheint beendet, bevor er überhaupt begonnen hat.

So weit die derzeitige „Berliner Lage“. In der WASG hat jetzt eine Urabstimmung über die vom Landesparteitag beschlossene Eigenkandidatur begonnen. Ihr Ergebnis wird am 8. März verkündet. Zu befürchten ist, dass die Urabstimmung die Vorgabe des WASG-

öffentliches Unternehmensziel nicht ausmachen, spricht wenig gegen einen Verkauf unter Sicherung von Beschäftigtenrechten soweit möglich (Bsp. Porzellanmanufaktur, Stadtgüter).

5. Öffentliche Unternehmen unter Veränderungsdruck

Öffentliche Unternehmen sind einer Reihe von Veränderungsdrücken ausgesetzt. Zu nennen sind hier der bundes- und europapolitische Druck (dessen letzte Konsequenzen sich im Leitbild der Bolkestein-Richtlinie erkennen lassen), der Zwang einer prekären Haushaltslage, zunehmende finanzielle Instabilitäten wegen knapper Kapitaldecken und unsicherer Zukunftsaussichten. Kommerzialisierungsdruck, Privatisierungs- und PPP-Ideologie verfangen nach wie vor bei vielen Menschen, weil damit kurzfristig Entlastungen im Haushalt bewirkt werden können. Dass diese Denkweise gescheitert ist, zeigt sich schon daran, dass die Privatisierungswellen seit den 80er Jahren kein Haushaltsloch stopfen konnten. Statt dessen sind die dauernden strukturellen Belastungen der öffentlichen Hand aufgrund der Verpfändung und des Verkaufs der Infrastrukturen nur größer geworden. Diese Folgen erleben wir auch in Berlin. Wir sind ihnen aber real ausgesetzt, selbst wenn der Geist, der dahinter steckt, scheinbar ein sinkender Stern ist.

Landesparteitags bestätigt. SPD und Grüne dürften dann frohlocken. Union und FDP haben zudem angekündigt, dass sie dann den Fraktionsstatus der Linkspartei.PDS im Bundestag öffentlich angreifen werden.

Schon jetzt leidet die Strahlkraft des Projekts Linkspartei durch den öffentlichen Zank in Berlin und anderswo erheblich – wenn man den Umfragen glauben darf, sogar bundesweit. Entsprechend dürfte die Aufmerksamkeit für den Berliner Krach in der Presse bleiben – auch wenn der Berliner WASG bei einer Eigenkandidatur am Ende höchstens 2 bis 3% der Stimmen zuzutrauen sind. Oskar Lafontaine hat angekündigt, im Fall einer solchen WASG-Eigenkandidatur für die Linkspartei. PDS und gegen die Berliner WASG in den Wahlkampf einzugreifen.

Hier die schon angesprochenen Thesen der Berliner Linkspartei.PDS und weitere Papiere – zum Teil aus der WASG, zum Teil von Mitgliedern und Umfeld von WASG und der Linkspartei.PDS, zum derzeitigen Konflikt.

rül

6. Subventionskapitalismus scheitert

Langfristig ergibt sich regelmäßig eine andere volks- und betriebswirtschaftliche Gesamtrechnung als die der Kommerzialisierer. Die Ideologie des „per se ineffizienteren“ öffentlichen Wirtschaftens ist mit gesellschaftlichen Kosten-Nutzenrechnungen – ja oftmals sogar betriebswirtschaftlichen Analysen – nicht zu belegen. Im Gegenteil. Es fallen Transaktions-, Management- und Renditekosten an, die zusätzlich aus der Substanz und über Entgelte der Unternehmen zu finanzieren sind. Wir wenden uns gegen den modernen Subventionskapitalismus, der sich die Rosinen des Geschäfts im öffentlichen Infrastruktursektor schnappt, während der öffentlichen Hand die Risiken und die „Grund- und Restverantwortung“ überlassen bleiben. Insbesondere in monopol- und monopolähnlichen Bereichen von Grundversorgung ist das ökonomisch-politische Erpressungspotenzial organisierter Privater gegenüber dem Gemeinwesen so groß, dass man sich ihm nicht aussetzen darf. Damit ist aber zunächst nur ein Problem beschrieben. Dass es auch anders geht, bedarf des Beweises.

7. Linke haben Verantwortung für Ressourcenbewirtschaftung ...

Auch öffentliche Ressourcen sind Ressourcen und bedürfen als solche der Bewirtschaftung. Auch Gemeingut

muss erhalten und gepflegt werden. Zwischen den unterschiedlichen Nutzungsinteressen muss ein Ausgleich hergestellt werden. Dies passiert nicht von allein. Wenn der Einsatz von Steuermitteln eine Rolle spielt, ist der Gesetzgeber zur Rechenschaft über einen aufgabengerechten Mitteleinsatz verpflichtet. Die Stadt muss nachweisen, dass sie öffentliche Interessen stützt und nicht private Interessen bedient. Dies wird mitunter schwer voneinander zu scheiden sein. Bei Entgeltfinanzierung sind Entscheidungen darüber zu treffen, nach welchem Prinzip die Investitions-, Erhaltungs-, Verbrauchs- und Personalmittel auf die Nutzer der Infrastrukturen verteilt werden: nach Verursachergerechtigkeit, also wer mehr nutzt, zahlt mehr, oder nach der Belastungsgerechtigkeit, das heißt, wer mehr tragen kann, trägt mehr. Dies alles sind Aspekte und Entscheidungen im Rahmen einer Ökonomie des Gemeinwesens, denen sich linke Politik zu stellen hat.

8. ... und für den Nutzen öffentlichen Wirtschaftens, den es zu beweisen gilt

Öffentliche Unternehmen sind auch nicht per se effizient. Zunächst steht der Effizienzmaßstab nicht fest – einem wirtschaftsliberalen Effizienzbegriff ist ein anderes Effizienzverständnis entgegenzusetzen, was nicht der Profitmaximierung, sondern einer Ökonomie der Gemeinwesen Rechnung trägt. Hierfür ist auch eine profunde Auseinandersetzung mit der „klassischen“ öffentlichen Wirtschaft nötig. Der Glaube, öffentliche Unternehmen müssten auf wirtschaftliche Aufgabenerfüllung keine Rücksicht nehmen, hat zu den Zeiten des keynesianischen Wohlfahrtsstaatsmodells eine verkrustete, öffentlicher und demokratischer Kontrolle entzogene Sphäre von Staatswirtschaft entstehen lassen: Ineffektivität, Überlastung mit Fremdaufgaben, Vermögens- und Potenzialverschwendung, Schattenwirtschaft mit Parteibüchern, Aufblähung der Portokassen für Geschenke. Veränderungen sind nötig und werden stattfinden – in welche Richtung, muss politisch bestimmt werden. Hierzu haben Sozialistinnen und Sozialisten etwas beizutragen und einzubringen. Dies ist aber schwieriger als es den Anschein hat, weil wir die oben beschriebenen Bedingungen nicht einfach ignorieren können.

9. Linke müssen Zielkonflikte lösen, nicht ignorieren

Der Erhalt und die Sicherung öffentlicher Unternehmen ist ein wesentliches Ziel sozialistischer Stadtpolitik. Hier kommt es auch zu Zielkonflikten: zwischen Haushaltsnotlage und erforderlichen Investitionen/Entschuldungen

(Beispiel Vivantes), zwischen der Bereitstellung eines möglichst breiten Angebotes, der Sicherung von Arbeitsplätzen für alle und den Interessen der Beschäftigten an steigenden statt sinkenden Einkommen (Beispiel Berliner Verkehrsgesellschaft, BVG), Erhalt des Unternehmens um den Preis des Teilverkaufs seiner Substanz (Beispiel Wohnungsbaugesellschaften). Diese Zielkonflikte müssen aufgelöst werden, sonst sind die öffentlichen Unternehmen mittel- und langfristig nicht zu halten, sondern werden bei nächster Gelegenheit als hoffnungslos marode zer schlagen und verkauft. Notlagenverkäufe zur Sicherung strategischer Handlungsfähigkeit sind schmerzlich, aber Folge des Bemühens um eine Stabilisierung der Stadt, nicht Ausdruck neoliberaler Gesinnung. Um die Herausforderung, die öffentlichen Unternehmen im Interesse der Stadt, der Beschäftigten und der Menschen zu sichern, wird sich niemand herummogeln können, der eine alternative Politik nicht nur abstrakt postuliert, sondern sie auch konkret umsetzen und die Chance ihrer Realisierung beweisen will. Dies lässt sich auch nicht dadurch denunzieren, dass den Protagonistinnen und Protagonisten das Gegenteil unterstellt und ihnen auch noch eine Politik zugerechnet wird, gegen die sie vor 2001 gekämpft haben (Beispiel Vivantes-Konzernbildung, BWB-Teilprivatisierung, Gasag-Verkauf pp.).

10. Heute und jetzt handeln!

Sozialistinnen und Sozialisten haben gegenwärtig weder gesellschaftlich noch politisch eigene Mehrheiten, noch eine gesellschaftliche Hegemonie ihrer Ideen und Inhalte. Solche Hegemonien und Mehrheiten müssen erst erreicht werden, und dies gelingt selten „in Reinkultur“. Wer die Politik der Linkspartei.PDS bewerten will, muss auch dies berücksichtigen. Dies gilt es bei all dem zu berücksichtigen. Wer warten will, bis diese Mehrheiten von selbst entstehen, darf sich nicht wundern, wenn irgendwann kein öffentlicher Sektor mehr zu erhalten wäre.

Aufruf

Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für einen gemeinsamen Antritt der Linken zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses

Wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Berlin, appellieren an die Berliner Landesverbände der Linkspartei.PDS und der WASG, vor dem Hintergrund der von beiden Seiten befürworteten Neuformierung einer

bundesweiten vereinten linken Partei alle Anstrengungen für eine gemeinsame Kandidatur zur Abgeordnetenhauswahl im September 2006 zu unternehmen.

Die meisten von uns haben vor der Wahl zum Bundestag im September 2005 den Aufruf der Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links“ unterzeichnet. Wir wollten und wollen – im Wechselspiel von parlamentarischem und außerparlamentarischem Handeln – den Druck gegen das weitere Vordringen der neoliberalen Kräfte erhöhen und die Bedingungen zur Durchsetzung unserer Forderungen verbessern.

Die Situation in Berlin unterscheidet sich von der vor der Bundestagswahl. Die Linkspartei.PDS hat in der rot-roten Koalition und im Senat viele politische Entscheidungen mitgetragen, die wir auch weiterhin hart kritisieren. Insbesondere der Austritt Berlins aus dem kommunalen Arbeitgeberverband und die Durchsetzung zum Teil erheblicher Verschlechterungen für die Beschäftigten in vielen Bereichen waren im Kern gegen gewerkschaftliche Grundpositionen gerichtet. Viele von uns, viele in der Linkspartei.PDS haben sich an Protesten gegen die Politik des Senats beteiligt.

Dennoch – und dies bei einigen von uns mit großen Vorbehalten: Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, dass die bestehenden Differenzen als Begründung für einen getrennten Antritt zur Wahl zum Abgeordnetenhaus herhalten sollen. Wir wollen eine starke und vereinte Linke auch in Berlin. Wir sind der Überzeugung, dass dies bessere Bedingungen schafft, gewerkschaftliche Positionen politisch zur Geltung zu bringen. Eine Spaltung würde uns schwächen und zurückwerfen und bundesweit bereits Erreichtes in Frage stellen. Das können und wollen wir auch unseren Kolleginnen und Kollegen nicht erklären.

Zudem wollen wir uns von den Kräften in beiden Parteien, die auf einen getrennten Wahlantritt hinarbeiten, nicht dazu zwingen lassen, uns bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus für eine der beiden dann konkurrierenden Parteien entscheiden zu müssen.

Ein gemeinsamer Wahlantritt der Linken in Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen am 17. September 2006 würde beweisen, dass die Linke trotz unterschiedlicher Positionen das Gemeinsame in den Vordergrund stellen kann. Wir sind der Meinung, dass es auch in Berlin diesen Fundus an Gemeinsamkeiten zwischen WASG und Linkspartei.PDS gibt. Beide Parteien tragen Verantwortung nicht nur für sich und für Berlin, sondern für die Linke in ganz Deutschland und vor allem für Millionen Menschen, die mit ihrem Vo-

An die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs

„Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für einen gemeinsamen Antritt zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses“

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir danken dir herzlich für deine Unterzeichnung unseres Aufrufs für gemeinsamen Antritt der Linken zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses.

Als Anlage fügen wir den Aufruf bei, auf dem die KollegInnen abgedruckt sind, die den Aufruf bis heute unterzeichnet haben (die ErstunterzeichnerInnen sind integriert).

Am vergangenen Wochenende hat der Landesparteitag der WASG Berlin stattgefunden. Er hat den (aus unserer Sicht befürchteten) Beschluss gefasst, eigenständig zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus anzutreten. Ab morgen (bis einschließlich zum Di. 03.03.2006) wird die Urabstimmung unter den Berliner Mitgliedern der WASG durchgeführt.

Unser Aufruf – ebenso wie andere Aktivitäten (Appelle; Veranstaltungen z.B. mit Oskar Lafontaine; und vieles mehr) – konnte die Mehrheit der Delegierten des WASG – Landesparteitag nicht davon abhalten, den Kurs der Spaltung und Schwächung der Linken fortzusetzen. Die Reaktionen von

Seiten des Bundesvorstands der WASG, von Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag und aus Kreisen der Linkspartei. PDS sind eindeutig und negativ. Die Sorgen um eine konstruktive und gradlinige Fortsetzung des Parteibildungsprozesses zur neuen vereinigten Partei der Linken in Deutschland werden größer. Der Schaden kann noch vermieden werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder der WASG in Berlin bei der Urabstimmung mit NEIN stimmt.

Angesichts der Position, die du durch deine Unterzeichnung des Aufrufs eingenommen hast, bitten wir dich, die Urabstimmungsfrage mit NEIN zu beantworten (sofern du Mitglied der WASG in Berlin bist) oder im Kreis deiner KollegInnen und FreundInnen dafür zu werben, dass diese (sofern sie Mitglieder der WASG sind) mit NEIN stimmen sollen.

Wir danken dir für deine Unterstützung.

Mit solidarischen und kollegialen Grüßen

Ralf Krämer / Walter Mayer / Luis Sergio, 28.02.2006

(Anmerkung: Die Frage zur Urabstimmung lautet: „Stimmen Sie dem Beschluss des WASG-Landesparteitags vom 25./26. Februar 2006 zu, bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 17. September 2006 als WASG eigenständig anzutreten?“)

tum bei der Bundestagswahl signalisiert haben, dass sie große Hoffnungen auf eine vereinigte linke Partei setzen. Wenn wir mit politisch interessierten Kolleginnen und Kollegen sprechen, nehmen wir häufig wahr, dass in ihrem Verständnis die wesentlichen Entscheidungen zum Zusammenwachsen der beiden Parteien schon getroffen sind. Diese Wahrnehmung sollte von beiden Parteien bei ihren Positionierungen und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Wir fordern beide Parteien auf, sich in den Verhandlungen aufeinander zu bewegen, um einen tragfähigen Kompromiss für einen gemeinsamen Antritt zur Wahl zu finden. Unseres Erachtens müsste dieser Kompromiss folgende Eckpunkte verbindlich enthalten:

- die Rückkehr des Landes Berlin in den Tarifverbund des Öffentlichen Dienstes;
- die Abkehr vom Primat der Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen und Privatisierungen;
- keine weiteren Einschnitte im Sozial- und Bildungsbereich.

Folgende Kolleginnen und Kollegen haben diesen Aufruf bis zum 27.02.2006

unterzeichnet (die Erst-UnterzeichnerInnen sind integriert):

Helmut Ahrens (ver.di); Gunter Appelt (ver.di); Bärbel Blumenthal (ver.di); Udo Böhlefeld (ver.di); Horst Bohmbach (GEW); Frank Braditz (IG Metall); Christine Buchholz (ver.di); Gerd Buddin (ver.di); Karin Dalhus (GEW); Jürgen Damrot (IG Metall); Eckhard Dietz (IG Metall); Rainer Döring (ver.di); Erika Eberlin (ver.di); Rudi Ewald (IG Metall); Benedikt Frank (ver.di); Sebastian Gerhardt (GEW); Edgar Göll (ver.di); Thomas Grein (ver.di); Michael Grunst (ver.di); Andreas Hallbauer (ver.di); Andreas K. Hamann; Martin Harnack (ver.di); Manfred Heckenauer; Sabine Heins (ver.di); Klaus-Dieter Heiser (ver.di); Detlef Henschke (ver.di); Manfred Herzer; Rainer Hoelzchen (TRANSNET); Herrat Hotzelmann (ver.di); Benedikt Hopmann (IG Metall); Christel Hünefeld (ver.di); Hasko Hüning (ver.di); Petra Jentzsch (IG Metall); Gert Julius (ver.di); Erdogan Kaya (ver.di); Angelika Klahr (IG Metall); Karoline Kleinschmidt (IG Metall); Rainer Knirsch (IG Metall); Hans Köbrich (IG Metall); Rainer Kowalik (IG Metall); Ralf Krämer (ver.di); Joachim Kreimer de Fries (ver.di); Sabine Kryszon (ver.di); Andreas Kühn (ver.di); Uta Kupfer (ver.di); Lätisch, Winfried (NGG); Knut Langenbach (GEW); Dago Langhans (ver.di); Martina List; Rüdiger Lötzer (IG Metall); Jan Maas (ver.di); Walter Mayer (IG Metall); Ernst Melis (ver.di); Holger Menze (ver.di); Henrik Müller (ver.di); Julia Müller (ver.di); Wolfgang Neef (ver.di); Bernd Nellissen; Jens Neuling; Ulrich Peter (ver.di); Heidi Pommernenke (ver.di); Jens Prietzel (IG Metall);

Hannelore Reiner (ver.di); Sabine Reiner (ver.di); Ralf Rippel (IG BAU); Ernst Reuß (ver.di); Claudia Rizzetti (IG Metall); Marion Reinhardt (ver.di); Frank Renken (ver.di); Reiner Rowald (GEW); Bärbel Schenk (IG Metall); Gerrit Schrammen (TRANSNET); Peter Schrott (ver.di); Renate Schrott (ver.di); Hartmut Schurig (GEW); Luis Sergio (IG Metall); Ingeborg Simon (ver.di); Jörg Simon (ver.di); Gisela Sporberg (GEW); Sabrina Stein (ver.di); Christiane Thöne (GEW); Gabriela Treue (TRANSNET); Günter Triebe (IG Metall); Axel Troost (IG Metall); Heidi Trull (ver.di); Gerd Vetter (IG Metall); Peter Weith (ver.di); Inge Zeller (ver.di); Brigitte Zick (ver.di); Hans-Joachim Zimmer; Arslan Yilmaz (IG Metall)

Ich unterstütze ebenfalls diesen Aufruf und bin mit der Veröffentlichung meines Namens und der Nennung meiner Gewerkschaftszugehörigkeit einverstanden.

Senden an (auch für Rückfragen):
Walter Mayer, Riehlstr.8, 14057 Berlin,
E-Mail: mayers.walter@t-online.de

Brief

des Landessprechers der WASG Baden-Württemberg, Bernd Rießinger (u.a. auch Mitglied des Vorstands des ver.di Landesbezirks Ba-Wü)

Freitag, 24.2.2006

An den Geschäftsführenden Landesvorstand der WASG Berlin

Hallo Stefan Müller,

aus Sicht des Landesvorstandes der WASG in Baden-Württemberg ist es ein großer Fehler, wenn Ihr am kommenden Wochenende einen eigenen Wahlantritt in Berlin beschließt. Wir teilen zwar viele Kritikpunkte an der Politik des roten-Senats in Berlin und halten die Regierungsbeteiligung der PDS für falsch, aber ein eigener Wahlantritt würde großen Schaden für die Landtagswahlen in Ba-Wü anrichten.

Wir sehen auch nicht, dass es eine Perspektive für zwei Linksparteien in Deutschland gibt. Die Chance der WASG und auch einer künftigen neuen Linkspartei besteht gerade darin, dass sie eine Sammlungsbewegung der oppositionellen Kräfte gegen neoliberale Politik sein kann. Ihrer Natur nach kann eine solche Partei nur entstehen, wenn sie akzeptiert, dass es darin verschiedene Strömungen und Anschauungen gibt. Diese müssen im Laufe des Parteibildungsprozesses und danach inhaltlichen im Rahmen einer vernünftigen Diskussionskultur ausgetragen werden. Alleingänge bei Wahlen werden dazu keinen Beitrag leisten, sondern die Fronten weiter verhärten.

Wir bitten euch aus Rücksicht auf die Landtagswahlen in Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg am Wochenende keinen eigenen Wahlantritt zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd Rießinger

freiburg-postkolonial.de ist ein neues Projekt des *Informationszentrums 3. Welt* (iz3w) und informiert über die Kolonialvergangenheit der Stadt Freiburg im Breisgau (und ihrer näheren Umgebung). Dieses Thema ist bislang weitestgehend verdrängt und entsprechend auch nicht aufgearbeitet worden. In Freiburg fand sich jedoch die ganze Palette wissenschaftlicher Institutionen, wirtschaftlicher Interessen, persönlicher Motivationen und auch öffentlicher Debatte und Agitation, die den deutschen Kolonialismus kennzeichnete. Das Projekt *freiburg-postkolonial.de* untersucht diese Zusammenhänge und damit auch die Rückwirkungen, die der deutsche Kolonialismus auf das Denken in dieser Stadt gehabt hat.

Das folgende Zitat dokumentiert exemplarisch, wie in Freiburg auch lange nach 1919 Kolonialpropaganda verbreitet wurde: „Deutschland kann ohne Kolonialbesitz nicht leben. Das haben die letzten 18 Jahre zur Genüge bewiesen. Die Raumnot fordert gebieterische Erweiterung der heimischen Grenzen. Gebiete, vielfach so groß wie unser Vaterland, gehörten uns, waren durch Verträge mit den eingesessenen Bewohnern in unseren Besitz gekommen und in knapp drei Jahrzehnten in mustergültiger Weise erschlossen und dem deutschen Volke dienstbar gemacht worden. (...) In eigenen Kolonien muss die heranwachsende deutsche Jugend sich den Wind um die Nase wehen lassen, dort soll sie sich stählen können für den Kampf des Lebens.“ Maximilian Knecht, Oberstleutnant a. D., Vorsitzender der Oberbadi-schen Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft mit Sitz in Freiburg zu deren 50. Jubiläum, *Breis-gauer Zeitung*, 24. 11. 1932

Die deutsche Kolonialvergangenheit

Die deutsche Kolonialvergangenheit ist in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit kaum präsent gewesen. Etwa seit Ende 2003 ist jedoch ein wachsendes Interesse an der Aufarbeitung zu verzeichnen. Dies drückt sich in einer ganzen Reihe von Buchpublikationen, Presseartikeln, Fernsehbeiträgen, Tagungen und Gedenkveranstaltungen aus, die die Kolonialkriege vor 100 Jahren erst in „Deutsch-Südwestafrika“ und dann in „Deutsch-Ostafrika“ thematisierten.

Von staatlicher Seite aus gab es in 2004 z.B. die viel beachtete Entschuldigungsrede von Bundesministerin Wieczorek-Zeul in Namibia und erstmals wieder nach 15 Jahren

einen – wenn auch völlig unverbindlichen – Bundestagsbeschluss (ebenfalls zu den kriegerischen Auseinandersetzungen in der südwestlichen Kolonie des deutschen Reiches).

Ein wesentliches Element der Erinnerungsarbeit besteht darin, historische Fakten wieder zugänglich zu machen und aufzubereiten sowie durch Angebote zu deren Interpretation das Verständnis der Bevölkerung in Deutschland für die gemeinsame Geschichte mit den betroffenen Ländern zu fördern. Als „Betroffene“ wird dabei auch zunehmend die kolonisierende Gesellschaft selbst thematisiert. Welches Gedanken-gut führte überhaupt zum Kolonialismus, wie breit war es verankert, welche zeitgenössischen – auch oppositionellen – Debatten wurden vor und während der Zeit der formalen Kolonialherrschaft geführt? Welche Wechselbeziehungen mit den Kolonisierten gab es

bzw. welche Rückwirkungen hatte die koloniale Erfahrung auf die direkt oder indirekt Beteiligten? Wie setzte sich der „koloniale Phantomschmerz“ dann nach dem endgültigen „Verlust“ der Kolonien im Jahre 1919 (Versailler Vertrag) fort? Diese Fragen zielen weit über die im Vergleich zu anderen Kolonialmächten kurze Phase formaler Herrschaft hinaus. Es geht vielmehr um grundlegende Fragen des Umgangs mit Menschen anderer Kulturen bzw. Gesellschaften, um eigene Zivilisations- und Entwicklungsvorstellungen.

Dies ist zu betonen, weil derzeitig leider auch eine zunehmende Kolonial-nostalgie zu verzeichnen ist und revisionistische Vereine wie der Traditionsverband Zulauf erhalten und mit aufwändigen Webseiten äußerst präsent im Internet sind.

Bei der Thematisierung der genannten Fragen, also auch der kritischen Überprüfung eigener Denkmuster, wird deutlich, dass es sich bei den Problemen von sog. Entwicklungsländern nicht um eine reine „Fernproblematik“ handelt. Um Geschichte „erfahrbar“ zu machen und ein besonderes Interesse von BürgerInnen zu wecken, bietet es sich an, sie wörtlich „dort abzuholen, wo sie stehen“, nämlich in ihrer eigenen Stadt. In verschiedenen Projekten wurde das Thema deutscher Kolonialismus bislang vor allem für die beiden Kolonialmetropolen Berlin und Hamburg wissenschaftlich und pädagogisch aufgearbeitet.

Fokus Freiburg

Gemäß der Analyse des Kolonialismus als „kollektive mentale Struktur“ war dieser kein Randphänomen oder auf wenige Metropolen beschränkt. Er spiegelt sich wider in den Berichten und Debatten der lokalen Zeitungen der Zeit, in der massiven Verbreitung von Kolonialliteratur oder weil die aufgrund des Streits um die weitere Kriegsfinanzierung in „Deutsch-Südwest“ angesetzte Reichstagswahl von 1907 (die sogenannte „Hottentotten-Wahl“) eben das ganze Reich betraf. Mit dem Projekt *freiburg-postkolonial.de* soll die koloniale Entwicklung am Beispiel Freiburgs und seiner näheren Umgebung aufgearbeitet werden. Dabei wäre die Bezeichnung „koloniale Provinz“ im Falle Freiburgs nicht einmal richtig, denn es hat die ganze Palette kolonialer Interessen und Motivationen, Institutionen und Personen zu bieten, von der Wissenschaft bis zu Militärs.

Obwohl es an der Freiburger Universität verschiedene HistorikerIn-



Die **Admiral-Spee-Straße** wurde bereits zu Beginn der NS-Zeit nach Maximilian Reichsgraf von Spee benannt. Der Vizeadmiral hatte das Kommando über das koloniale Ostasiengeschwader, das zuständig für die militärische Herrschaftssicherung in Kiautschou (China) und den diversen Südseeinseln in deutschem Besitz war.

Nach verschiedenen kleineren kolonialen Experimenten deutscher Fürsten im Laufe der Jahrhunderte war **Kaiser Wilhelm I.** derjenige, der das größte deutsche Kolonisierungsprojekt protegierte bzw. durchführte. Unter seiner Herrschaft wurden Togo, Kamerun, „Deutsch-Südwestafrika“, „Deutsch-Ostafrika“, Kaiser-Wilhelmsland (Neu-Guinea) und die vielen pazifischen Inseln annektiert. Sein Nachfolger Wilhelm II. fügte noch Kiautschou in China hinzu.

Auf dem städtischen Zentralfriedhof liegt das Grab eines der prominentesten deutschen Kolonialisten, **Theodor Leutwein**, dem langjährigen Gouverneur von „Deutsch-Südwestafrika“. Über seine Tätigkeit schrieb er u.a. das Buch „Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika“.

Projekt der Erinnerungsarbeit

nen gab und gibt, die sich mit dem deutschen Kolonialismus beschäftigten bzw. dies aktuell tun, ist die Stadtgeschichte in der Hinsicht bislang fast gar nicht aufgearbeitet worden und es herrscht ein entsprechend äußerst geringes Problembewusstsein. Die Ausnahme bildet eine Jubiläumsschrift des Adelhauser Museums für Völkerkunde von 1995. Darin wird thematisiert, dass das Museum nicht nur im Kontext kolonialen (Forschungs-)Interesses gegründet wurde, sondern auch wesentliche Teile der Ausstellungsstücke von mit Freiburg verbundenen Offizieren, Forschern und Händlern unter im jeweiligen Fall mehr oder weniger fragwürdigen Bedingungen aus den Kolonien herangeschafft wurden (z.B. vom Gouverneur von „Deutsch-Südwestafrika“, Theodor Leutwein, dessen Grab auch in Freiburg liegt). Damit begegnen MuseumsbesucherInnen hier derselben Problematik wie in Berliner Museen.

Entgegen der weitläufig verbreiteten Meinung gibt es aber auch darüber hinaus eine Vielzahl an engen Verbindungslinien in Form von Personen, Institutionen, Literatur, Orten und Ereignissen, die ihrer Erforschung, sachgerechten Aufarbeitung und Präsentation für die Freiburger BürgerInnen harren. Für einen Typus steht der bis zu seinem Tode sehr angesehene Freiburger Professor Eugen Fischer, der seine Reputation durch die in „Deutsch-Südwest“ durchgeführte rassenbiologische Studie „Die Rehobother Baster und das Bastardisierungsproblem beim Menschen“ (1908) erwarb. Fischer stand mit seiner Rassenforschung keineswegs alleine, konnte er doch in der Freiburger Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene eine ganze Reihe weiterer prominenter Professoren (wie den Direktor der Inneren Klinik und Freiburger Ehrenbürger Christian Bäuml) versammeln. Er war nicht nur der Mentor des Naziarztes Dr. Josef Mengele; die NS-Kommentatoren der Nürnberger Rassegesetze vom September 1935 bezogen sich ausdrücklich auf Fischers Studie und er war z.B. 1937 persönlich als Gutachter für die Gestapo an Zwangssterilisationen von Kindern weißer deutscher Frauen und farbiger französischer Soldaten, den sog. „Rheinlandbastarden“ beteiligt. 1939 erhielt Fischer zu seinem 65. Geburtstag den medizinischen Ehrendoktor von seiner geliebten Heimatuniversität Freiburg, samt der Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft des ‚Führers‘. Noch im Jahr 1961 wurde sein Buch über das Bastardisierungsproblem in einer leicht gesäuberten Fassung neu aufgelegt.

Ein anderes Beispiel belegt die Betei-

ligung einer breiteren Öffentlichkeit in Freiburg. Der Höhepunkt der kolonialen Agitation wurde in Freiburg viele Jahre nach Ende der direkten Kolonialherrschaft erreicht. So wurde im Juni 1935 – nicht lange vor der Verkündung der Nürnberger Rassegesetze – eine mehrtägige reichsweite Großveranstaltung des Reichskolonialbundes und diverser Einzelverbände (wie dem Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien, dem Kolonialkriegerbund etc.) abgehalten, die in der Tradition der Kolonialkongresse im Reichstag stand. Dort marschierten mit intensiver Unterstützung staatlicher und vor allem städtischer Behörden ehemalige Gouverneure, Massen von Kolonialkriegern aus dem ganzen Reich, SA, SS und viele weitere NS-Gliederungen. Auf der begleitenden Kolonialausstellung in der städtischen Festhalle, die vom Freiburger Ostafrika-Veteran Dr. Wilhelm Winterer organisiert wurde, wurde als lebende Attraktion ein Löwe aus dem Berliner Zoo gezeigt. Der Oberbürgermeister Dr. Kerber forderte in seiner Rede auf dem Münsterplatz die Rückgabe der Kolonien an Deutschland, da koloniale Gleichberechtigung die Grundlage politischer Gleichberechtigung überhaupt sei. Imperialistische Bestrebungen dieser Art waren dabei für Freiburg nichts Neues, feierte der Freiburger Ableger der Deutschen Kolonialgesellschaft doch gleichzeitig sein 50-jähriges Bestehen. Und die Stadt war durch Förderung des Oberbürgermeisters Dr. Bender und einen Gemeinderatsbeschluss seit 1926 zahlendes Mitglied dieser aggressiven Organisation.

Das Projekt

Diese Beispiele sollen hier zeigen, dass koloniales Denken und Handeln in Freiburg und eben auch lange nach 1919 verbreitet war. Im Zentrum von freiburg-postkolonial.de soll als Informations- und Vernetzungsplattform die gleichnamige Internetpräsenz stehen. Als work in progress soll sie einerseits neue Texte, Dokumente und Erkenntnisse immer zeitnah und frei zugänglich machen und andererseits zur aktiven Mitarbeit aufrufen. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen, Texte und daraus entstehenden Debatten sollen mittelfristig ein Buch und weitere Materialien im Verlag des Informationszentrums 3. welt erscheinen. In Ergänzung dazu sollen regelmäßig Veranstaltungen zu Aspekten des deutschen Kolonialismus allgemein und speziell zu Freiburger Themen stattfinden. Eine besondere Veranstaltungsform wären antikoloniale Stadtführungen, die z.B. für Schulklassen angeboten werden

Die Webseite soll folgende Hauptrubriken/-seiten haben:

- Startseite mit Kurzerläuterung und einer Liste der Neuerungen
- Längere Einleitung und Projektvorstellung
- Die Stadt Freiburg und Umgebung mit Unter rubriken zu Institutionen (Stadtverwaltung, Universität, Militärarchiv, Stadttheater, Museen), Orten (Veranstaltungsorte, Friedhof, Kolonialheim, kolonialen Straßennamen) und kulturellen Spuren (wie Tsingtao-Bier in Chinarestaurants, Kolonialwarenläden, koloniale Inszenierungen im Europa-Park Rust)
- Persönlichkeiten der Zeitgeschichte (Kolonialoffiziere, relevante Politiker, Kulturschaffende, Forscher, SiedlerInnen/RückkehrerInnen, MigrantenInnen aus den Kolonien) und solche, die sich danach mit dem Thema befasst haben
- Presse, Literatur und Film (Kolonialdebatte im Spiegel der Lokalpresse, Freiburger Kolonialroman, frühes ethnografisches Kino)
- Fotogalerie (Straßennamen, Orte, Personen etc.)
- Downloads (Hintergrundtexte, Scans von Originaldokumenten, z.B. Presseartikel)
- Veranstaltungen (Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen zum Themenkreis, z.B. Vorführungen im Kommunalen Kino, eigene Vorträge etc.)
- Links (andere Lokalprojekte wie www.koloniale-spuren.de/, www.hamburg-postkolonial.de, sonstige Initiativen sowie Forschung/ weitere Hintergrundinformationen)
- Impressum/Kontakt, Aufrufe zu Spenden und Mitarbeit, Disclaimer

könnten. Sie könnten Straßen mit Namen wie Bismarck, Wilhelm, Heinrich von Stephan oder Graf Spee ansteuern, die Universität, wo Anthropologen Menschenschädel aus den Kolonien sammelten und vor der General von Epp 1935 die Kolonialeiche mit original südwestlicher Erde pflanzte. Sie könnten Station machen am Stadtgarten, wo sich einst die große Kolonialausstellung befand, zur kolonialen Dankestafel im Eingang des Adelhausermuseums oder zur Gaststätte „Zum Bären“ führen, wo der Ortsverein der Kolonialkrieger sein Kolonialheim hatte. An allen diesen Orten kann Geschichte ganz konkret vermittelt werden.

Um all diese Informationen hier anbieten und Veranstaltungen durchführen zu können, ist zunächst ein großes Maß an Recherchearbeit nötig. An dieser Stelle möchten wir zur Unterstützung des Projektes einladen: Wer nützliche Hinweise geben möchte oder gar eigene Texte, Bilder oder Dokumente beisteuern kann, ist ganz herzlich dazu eingeladen. Auch finanzielle Unterstützung ist herzlich willkommen.

Kontakt: Heiko Wegmann webmaster@iz3w.org Aus: anaz, 2/06

Tagung: Postkoloniales Deutschland – Erinnern und Versöhnen

Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Kultur

11./12. März 2006 Königswinter

Unter dem Titel „Postkoloniales Deutschland – Erinnern und Versöhnen“ richtet „DEPO – deutschland postkolonial“ am 11. & 12. März 2006 eine Tagung in Königswinter bei Bonn aus. DEPO ist ein unabhängiges Forum von Einzelpersonen und Gruppen aus Deutschland und Ländern der ehemaligen Kolonien, die zu dem Thema „deutscher Kolonialismus“ arbeiten bzw. sich für die Etablierung einer nachhaltigen Erinnerungs- und Versöhnungspolitik einsetzen.

Nach den Gedenken anlässlich der 100. Jahrestage der deutschen Kolonialkriege in Namibia (2004) und im ehemaligen Deutsch-Ostafrika (2005) möchte DEPO die punktuelle Aufmerksamkeit der Gedenkjahre nutzen, um das Thema „deutscher Kolonialismus“ nachhaltig in Deutschland zu verankern und ein Bewusstsein für diesen Teil deutscher Geschichte zu schaffen. Die kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des deutschen Kolonialismus für die ehemaligen Kolonien und die heutige Bundesrepublik darf nicht auf einen engen Kreis von Experten beschränkt bleiben, sondern muss in eine gesamtgesellschaftliche Debatte münden.

Die geplante Tagung im März dient der Vernetzung der Vielzahl von Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Kultur, die sich bereits mit dem Thema „Deutschland Postkolonial“ auseinandersetzen. Beispielhaft zu nennen wären hier lokale, kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen, WissenschaftlerInnen sowie FilmemacherInnen, AusstellungskuratorInnen etc.

Am ersten Tag der Tagung werden Fachleute aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Kultur über die Themen informieren, die in ihren Kreisen diskutiert werden. Dieser Input dient am zweiten Tag als Grundlage für die Bildung von themen- und regionenspezifischen Arbeitsgruppen. Die Akteure erhalten auch die Möglichkeit, mit Postern auf ihre Aktivitäten hinzuweisen und sich untereinander auszutauschen. Ziel ist es, eine längerfristige bundesweite und internationale Vernetzung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Nähere Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter: <http://www.deutschland-postkolonial.com> oder über versehnen@yahoo.de.

Tagungsort: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK), Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Eine Kooperationsveranstaltung von: DEPO (deutschland postkolonial – erinnern und versöhnen); Deutsch-Kamerunische Gesellschaft e.V.; DETAF e.V. (Deutsch-Tansanische Freundschaftsgesellschaft); Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.; Fachschaft Afrikanistik, Universität Köln; ISSA e.v. (Informationsstelle Südliches Afrika); Tanzania-Netzwerk e.V.

25. März. Karlsruhe. Bundesweite Demonstration gegen Berufsverbote. Aus Anlass der Nichteinstellung von Michael Csaszkóczy in den Schuldienst von Baden-Württemberg und Hessen. www.gegen-berufsverbote.de Beginn 12 Uhr, Kronenplatz.

6. bis 9. April. Athen/Griechenland. Europäisches Sozialforum

14. bis 17. April, bundesweit: Ostermärsche

29. und 30. April 2006, Halle: 10. Parteitage der Linkspartei.PDS.

Jahreshauptversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag, 8. April bis Sonntag, 9. April 2006

Im Haus der Jugend, Deutscherrenufer 12, in Frankfurt am Main

Samstag, 8. April:

12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr Beginn der Tagung

1. Parteibildungsprozess der Linkspartei
2. Referat und Diskussion: Mindestlohn / Kombilohn / Hartz IV: Verschiedene Lohn- und Sozialsysteme in Europa (Vergleich England, Frankreich und Deutschland)
15–15.30 Uhr: Kaffeepause

3. Finanzbericht 2005, Bericht der Finanzprüfungskommission, Entlastung des Arbeitsausschusses
4. Politische Berichte: Bericht von Redaktion und Herausgeber, Auflagenentwicklung, Finanzbedarf; Wahl der Herausgeber und Redakteure

5. Beschlussfassung über den Haushalt 2006, Wahl von Präsidium, Arbeitsausschuss und Finanzprüfungskommission anschließend Abendessen

Sonntag, 9. April:

9 bis 12 Uhr (Kaffeepause ca. 10.45 Uhr): Gesellschaft, Gemeinschaft, Gottesbezug in der Religion, Freiheit von und Freiheit zur Religion

Abreise bitte erst ab ca. 13 Uhr planen! Änderungen im Ablaufplan sind möglich.

Präsidium der Arbeitsgemeinschaft

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
2007	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
2008	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter